Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu Berlin

vom 14. bis 21. November 1892.

Berlin 1892.

Verlag der Expedition des „Vorwärts" Berliner Volksblatt

(Th. Glocke)

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bibliothek

X 1275

3

Programm
der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
beschlossen auf dem Parteitag zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwickelung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnothwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigenthum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indeß die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnißmäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisirung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwickelung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachsthum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vortheile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisirt. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigenthum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwickelung.

Das Privateigenthum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigenthum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriiren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der

B

Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigenthums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigenthum, und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht blos des Proletariats, sondern des gesammten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigenthums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nothwendiger Weise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesammtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnothwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den andern Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig betheiligt sind. In dieser Erkenntniß fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht blos die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

B

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueintheilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachtheiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbstständig ordnen.
7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistands. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Ange-

B

klagter, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.

9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstags.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

B

7

Organisation
der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
beschlossen auf dem Parteitag zu Halle 1890.

---

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise.

Gegen die Entscheidungen steht den Betroffenen die Berufung an die Parteileitung und dem Parteitage zu.

Vertrauenspersonen.

§ 3. Die Parteigenossen in den einzelnen Reichstagswahlkreisen wählen in öffentlichen Versammlungen zur Wahrnehmung der Parteiinteressen eine oder mehrere Vertrauenspersonen. Die Art der Wahl dieser Vertrauenspersonen ist Sache der in den einzelnen Kreisen wohnenden Genossen.

§ 4. Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich und zwar im Anschluß an den voraufgegangenen Parteitag.

Die Vertrauenspersonen haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort der Parteileitung mitzutheilen.

§ 5. Tritt eine Vertrauensperson zurück oder tritt sonstwie eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen umgehend eine Neuwahl vorzunehmen und davon entsprechend § 4 Absatz 2 der Parteileitung Mittheilung zu machen.

§ 6. Da wo aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

B

Parteitag.

§ 7. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von der Parteileitung einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat die Parteileitung mit der Reichstagsvertretung hierüber sich zu verständigen

§ 8. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens drei Mal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei der Parteileitung einzureichen, die dieselben spätestens 10 Tage vor der Abhaltung des Parteitages durch das offizielle Parteiorgan bekannt zu geben hat.

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Theilnahme an demselben sind berechtigt:

1. die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf.
2. die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. die Mitglieder der Parteileitung.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion und der Parteileitung haben in allen die parlamentarische und die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur berathende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Theilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

§ 10. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme des Berichts über die Geschäftsthätigkeit der Parteileitung und über die parlamentarische Thätigkeit der Abgeordneten.
2. Die Bestimmung des Orts, an welchem die Parteileitung ihren Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl der Parteileitung.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 11. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:

1. durch die Parteileitung;
2. Auf Antrag der Reichstagsfraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen.

B

Falls die Parteileitung sich weigert, einem Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitags stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstags-Fraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitags ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitags muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 7 Tage vor der Abhaltung des Parteitags im offiziellen Parteiorgan zu veröffentlichen.

Im Uebrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 8—10).

Parteileitung.

§ 13. Die Parteileitung besteht aus 12 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassirer und 7 Kontrolleuren.

Die Wahl der Parteileitung erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel.

Nach erfolgter Wahl hat die Parteileitung ihre Konstituirung vorzunehmen und dieselbe im offiziellen Parteiorgan bekannt zu machen.

Die Parteileitung verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

§ 14. Die Mitglieder der Parteileitung können für ihre Thätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 15. Die Parteileitung besorgt die Parteigeschäfte, kontrollirt die prinzipielle Haltung der Parteiorgane, beruft die Parteitage und erstattet auf denselben über ihre Thätigkeit Bericht.

§ 16. Scheidet einer der Vorsitzenden, Schriftführer oder der Kassirer aus, so ist die Vakanz durch eine von den Kontrolleuren vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Partei-Organ.

§ 17. Zum offiziellen Parteiorgan wird das „Berliner Volksblatt" bestimmt. Dasselbe erhält vom 1. Januar 1891 ab den Titel:

„Vorwärts"
Berliner Volksblatt
Central-Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Alle offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Theils zu veröffentlichen.

B

Abänderung der Organisation.

§ 18. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur berathen werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntniß der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens $^3/_4$ der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

B

11

Tagesordnung des Parteitages.

Montag, den 14. November 1892, Abends 7 Uhr:

Vorversammlung. Konstituirung des Parteitages. Festsetzung der Geschäfts- und der Tagesordnung. Wahl einer Kommission für die Prüfung der Vollmachten.

Dienstag, den 15. November und die folgenden Tage:

1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes. Berichterstatter: Richard Fischer.
2. Bericht der Kontrolleure durch August Kaden.
3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstagsfraktion. Berichterstatter: Paul Singer.
4. Anträge zur Organisation.
5. Die Maifeier 1893. Berichterstatter: Albin Gerisch.
6. Staatssozialismus und revolutionäre Sozialdemokratie. Berichterstatter: W. Liebknecht.
7. Der internationale Arbeiterkongreß in Zürich. Berichterstatter: Ferdinand Ewald.
8. Das Genossenschaftswesen, der Boykott und die Kontroll-Schutzmarke. Berichterstatter: J. Auer.
9. Die wirthschaftliche Krise und ihre Folge: der allgemeine Nothstand. Berichterstatter: W. Liebknecht.
10. Der Antisemitismus und die Sozialdemokratie. Berichterstatter: A. Bebel.
11. Berathung derjenigen Anträge aus den Reihen der Parteigenossen, welche bei den voraufgehenden Punkten der Tagesordnung nicht ihre Erledigung gefunden haben.
12. Wahl der Parteileitung und Bestimmung des Ortes, wo sie ihren Sitz zu nehmen hat.

B

Bureau des Parteitages:

Vorsitzende:

Gottlieb, Bremen. — Singer, Berlin.

Schriftführer:

Emmel, St. Johann.
Feldmann, Langenbielau.
Geiger, Stuttgart.
Gradnauer, Dresden.
Hoch, Frankfurt a. M.
Hülle, Erfurt.
Legien, Hamburg.
Löwenstein, Nürnberg.
Schmidt, Berlin.

Mandats-Prüfungs-Kommission:

Antrick, Berlin.
Bamberger, Berlin.
Klees, Magdeburg.
Leander, Chemnitz.
Theiß, Hamburg.
Meist, Köln.
Reißhaus, Erfurt.

Siebener-Kommission:

Ehrhardt, Ludwigsh.
Gerisch, Berlin.
Hoffmann, Zeitz.
Koenen, Eimsbüttel.
Winterblum, München.
Metzner, Berlin.
Stolle, Gesau.

B

Vorlagen an den Parteitag.

Anträge.

Zur Tagesordnung.

Genossen in Solingen: Ziffer 1—3 wie in der provisorisch festgesetzten Tagesordnung. Weiter 4. Etwaige Anträge zur Organisation. 5. Anträge zum Programm. 6. Staatssozialismus und revolutionäre Sozialdemokratie. 7. Agitation und Presse. Den Rest der provisorischen Tagesordnung.

Genossen in Friedrichsberg und V. Berliner Reichstagswahlkreis: Als 6. Punkt der Tagesordnung festzusetzen: „Das Verhältniß der sozialdemokratischen Partei zum sogenannten Staatssozialismus".

Karl Frohme, Hamburg: Auf die Tagesordnung an geeigneter Stelle zu setzen: „Die Sozialdemokratie und der Meineid".

Programm.

Die Genossen in Hamburg, III. Wahlkreis: II. Theil, Absatz 1. Betreffs des Wahlrechts „statt das 20. Jahr" zu setzen „die Großjährigkeit" und das erforderliche Alter für die Großjährigkeit festzusetzen. II. Theil, Ziffer 2. Der Parteitag möge eine Deklaration darüber geben, wie der Passus im Programm zu verstehen sei, welcher von der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde handelt.

Genossen des Kreises Naumburg, Zeitz-Weißenfels: II. Theil, Ziffer 6 den Punkt „Religion ist Privatsache" zu streichen und dafür zu setzen: „Die Religionen und deren Lehrer sind überall dort zu bekämpfen, wo dieselben dem Fortschritt der Wissenschaft entgegentreten, oder die nach Erlösung aus wirthschaftlicher und politischer Knechtschaft ringende Menschheit an der Erreichung dieses Zieles zu hindern suchen."

Parteigenossen in Halle a. S.: Den Passus 6 im Programm: Religion ist Privatsache 2c. zu streichen.

B

Der Parteigenosse Sauermann, Charlottenburg: II. Theil, Ziffer 6 folgende Fassung zu geben: „Religion ist für die Parteigenossen als Privatsache zu betrachten, jedoch erwartet die Parteileitung von allen denen, die in Religionsdingen eine atheistische Anschauung haben, solche für sich und die Ihrigen nach Möglichkeit zur Durchführung zu bringen."

Parteigenosse P. König, Berlin: Da im Programm fälschlicher Weise gesagt wird (Seite 1, Absatz 5, Anfang): „Das Privateigenthum (statt Gemein—eigenthum) an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigenthum an seinem Produkt zu sichern . . . ." u. s. w. und eine Aenderung durch ein Wort (statt „Privat"- Gemein-Eigenthum) viele andere nach sich ziehen würde, — den Parteivorstand zu beauftragen, den prinzipiellen ersten Theil des Programms einer Prüfung und erneuten Redaktion zu unterziehen.

Organisation.

Von einer Versammlung von Frauen und Mädchen in Berlin Fräulein Baader und Genossinnen:

1. Sprachliche Aenderung der §§ 3, 4 und 5, soweit die Rede von „Vertrauensmännern" ist, und dafür die Worte „Vertrauenspersonen" zu setzen.

2. Streichung des folgenden in § 9 vorkommenden Satzes: „Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises sich Frauen befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden."

Die Genossen von Bernburg, Bielefeld, Duisburg-Mühlheim, Frankfurt a. M., Liegnitz, des 16. sächsischen und des 1. württembergischen Wahlkreises: dem § 7, Abs. 1 des Organisationsstatuts der Partei folgende Fassung zu geben: „Alle zwei Jahre findet ein Parteitag statt, welcher von der Parteileitung einzuberufen ist."

Die Parteikonferenz für den 13. Hannoverschen Wahlkreis: Den Passus 4 des § 13, der Organisation zu streichen und an dessen Stelle zu setzen: „Der alljährlich stattfindende Parteitag beschließt über die Verwendung der vorhandenen Parteigelder."

Genossen in Rinteln a. d. W. und Exten: Die Diäten der Delegirten zum Parteitag aus der Parteikasse zu bezahlen.

Die Genossen in Bielefeld: „Die Gehälter der Parteisekretäre zu erhöhen und das Gehalt des Chef-Redakteurs des Zentralorgans auf dem Parteitage festzusetzen.

R. Eckwarth, Hamburg, 2. Kreis: Das Maximalgehalt aller Parteibeamten, welche fest angestellt sind, auf 2500 Mark festzusetzen.

Parteigenosse C. Rebs, Weißenfels: Jeder Parteigenosse,

B

welcher als Vertreter der Sozialdemokratie in ein Parlament gewählt werden soll, hat vorher nachzuweisen, daß er aus der Kirche ausgeschieden ist.

Parteigenossen in Düsseldorf: Der Parteitag findet nur alle zwei Jahre statt. Ein außerordentlicher Parteitag ist zulässig wenn mindestens 30 Wahlkreise die Nothwendigkeit desselben anerkennen, jedoch darf der darauffolgende ordentliche Parteitag erst wieder zwei Jahre nach diesem stattfinden.

Delegirte zum Parteitag sind in Zukunft nur zulässig, wenn sie in dem betreffenden Orte, in dem sie gewählt sind, auch ihren Wohnsitz haben und die örtlichen Verhältnisse, sowie die Meinungen und Wünsche der Parteigenossen genau kennen.

Alle Halbjahr ist eine übersichtliche Abrechnung, enthaltend Einnahmen und Ausgaben der Parteigelder, in den Parteiorganen zu veröffentlichen.

Parteigenossen in München: Die Maifeier in gleicher Weise abzuhalten wie bisher, am 1. Mai Abends Demonstrations-Versammlungen, am Sonntag darauf das eigentliche Fest.

Es soll in Zukunft der Parteitag in der Regel nur alle zwei Jahre stattfinden. Sollten sich in einem zwischenliegenden Jahre Umstände von besonderer Art und Wichtigkeit ergeben, welche den Zusammentritt der obersten Vertretung der Partei nothwendig machen, so steht das Recht der Einberufung eines Parteitages dem Parteivorstand und der Fraktion zu.

Weiter wird beantragt, daß künftig wieder eine im Mittelpunkte Deutschlands gelegene Stadt als Kongreßort gewählt wird, damit nicht einem großen Theile, wie dieses heuer beim Süden zutrifft, die Beschickung erschwert wird.

Parteigenosse Oskar Kamenz, Berlin: Errichtung eines unentgeldlichen Auskunftsbureaus für Recht und Schutz suchende Parteigenossen. Als Legitimation für die Rechtsuchenden diene die Abonnementsquittung eines Parteiorgans.

Parteigenosse Wilh. Eggert, Friedrichsberg: Die sozialdemokratischen Witzblätter in den Parteikreisen nur durch die Partei-Organisation vertreiben zu lassen und die sich daraus ergebenden Ueberschüsse ausschließlich dem Parteifonds der betr. Orte zuzuführen.

Presse.

Parteigenossen in Stuttgart: Um einen Mangel, welcher dem Zentralorgan der Sozialdemokratie anhaftet, zu beseitigen, wäre es wünschenswerth, daß die Redaktion des „Vorwärts" veranlaßt würde, in den einzelnen Ländern (Provinzen) geeignete Parteigenossen zu beauftragen, von Zeit zu Zeit orientirende Berichte einzusenden, damit der „Vorwärts" ein getreueres Bild von

den thatsächlichen Verhältnissen giebt, als dies durch kleine redaktionelle Notizen und Auszüge möglich ist.

Genossen in Bielefeld: Den „Vorwärts“ zu veranlassen, sich einer präziseren Berichterstattung zu befleißigen.

Genossen des IV. Berliner Wahlkreises und des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg: Den Delegirten zum Parteitag die Abrechnung des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt und der „Buchhandlung“ spezialisirt vorzulegen.

Genossen in Halle a. S.: Der Parteivorstand möge einen Spezialbericht über die Geschäftsführung des „Vorwärts“ liefern.

Genossen Frankfurt a. M.: Zum offiziellen Parteiorgan wird ein neu zu begründendes Blatt bestimmt, das wöchentlich einmal zu einem möglichst billigen Preis herausgegeben wird, und das zum Inhalt hat: a) die Partei-Bekanntmachungen, b) einen Leitartikel über die sozialdemokratischen Grundsätze, c) eine Uebersicht über die sozialdemokratische Bewegung.

Sozialdemokraten deutscher Zunge in Brüssel: Der Parteitag möge beschließen, eine Wochenausgabe des „Vorwärts“ herausgeben zu wollen mit dem Titel „Der Sozialdemokrat“.

Genossen Königsberg i. Pr.: Zur Förderung der Agitation in den östlichen Provinzen, besonders Ost- und Westpreußen, wird ein Organ auf Kosten der Partei begründet.

Genossen in Elberfeld: Der Parteivorstand wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß die in der Verlagsanstalt von Auer und Komp. in Hamburg erscheinende „Neue Welt“ sowohl an Inhalt (Text und Illustration) als auch äußerer Ausstattung mehr wie bisher ihrem Zweck als Beilage sozialdemokratischer Blätter entspricht.

Genossen in Bremen und Frankfurt a. M.: Herausgabe einer wirksamen, den Kenntnissen und dem Fassungsvermögen der Arbeiterjugend angepaßten Jugendliteratur.

Genossen in Elberfeld und dem 1. Anhaltischen Wahlkreis: In Anbetracht, daß den Genossen besonders auf dem Lande und in den kleineren Städten die mündliche Agitation durch Lokalabtreiberei 2c. sehr erschwert wird, dieselben daher zur Förderung der Agitation mehr auf die Verbreitung unserer Literatur angewiesen sind; in fernerer Erwägung, daß die Mehrzahl unserer Parteibroschüren zum Gratisvertheilen zu theuer sind, wird der Parteivorstand beauftragt, kleine populär abgefaßte Schriften (Flugblätter) in größeren Mengen herstellen zu lassen und dieselben den Vertrauensmännern und Genossen gratis zur Verfügung zu stellen.

Die Kosten der Herstellung trägt die Parteikasse.

Genossen in Frankfurt a. M.: Das Parteiprogramm soll mit einem kurzen parteigeschichtlichen Ueberblick, sowie mit allgemein verständlichen Erläuterungen des Programms versehen, gedruckt

und zum Zwecke der Massenverbreitung als Agitationsschrift zum Betrage der Herstellungskosten abgegeben werden.

Genossen im 1. Anhaltischen Wahlkreis: Ueber die grundsätzliche Gegnerschaft der Sozialdemokratie zum Militarismus in allernächster Zeit ein Flugblatt herauszugeben.

Für die Parteiliteratur einen einheitlichen Verkaufspreis festzusetzen und die Verkäufer (Buchhändler, Kolporteure) zu verpflichten; nicht unter dem jeweilig festgesetzten Preise zu verkaufen.

Genossen von Rinteln a. d. W. und Exten: Den Parteivorstand zu beauftragen, daß über Punkt 6, 7, 8 der Tagesordnung des Parteitages eine Broschüre zum Selbstkostenpreis herausgegeben wird.

Nach Schluß einer jeden Reichstagssession eine Broschüre über die Thätigkeit des Reichstages herauszugeben.

Genossen in Apolda: Gesetzentwürfe von besonders für die Partei wichtiger Bedeutung sind rechtzeitig event. sofort nach deren Bekanntgabe von der Fraktions- oder Parteileitung an die Vertrauensmänner derjenigen Orte zu entsenden, an welchen agitatorische Kräfte resp. Agitationskomitees vorhanden sind.

Genossen in Magdeburg: Den Parteitag zu veranlassen, dahin zu wirken, daß von den Verlegern, seien es nun Parteiunternehmer oder Private, nur wirklich gemeinverständlich geschriebene Schriften auf den Markt gebracht werden.

G. Franc, Berlin: Der Parteitag möge beschließen, daß marktschreierische und andere unserer Tendenz entgegenlaufende Annoncen aus dem Inseratentheil, und solche Artikel, welche diese Annoncen befürworten, und des ferneren Artikel, die, ohne richtigen Kommentar gebracht, mindestens Mißverständnisse und Unklarheiten im Leserkreise hervorrufen müssen, aus dem redaktionellen Theil des Zentralorgans „Vorwärts“ entfernt gehalten werden.

Genossen in Solingen: Resolution. Der Parteitag 1892 hat mit größtem Unwillen davon Kenntniß genommen, daß die Beschlüsse des Halleschen Parteitages, wonach Reklamen und Lotterieanzeigen die Spalten der sozialistischen Parteipresse verschlossen bleiben sollen, von Parteiblättern, namentlich dem „Vorwärts“ und dem „Hamburger Echo“, in gröblicher Weise verletzt werden. Desgleichen mißbilligt der Parteitag, daß die „Mainzer Volkszeitung“ die von dem Kommandanten und dem Oberbürgermeister von Mainz unterzeichnete Aufforderung zu einem Kaiser-Geburtstags-Festessen in ihrem Inseratentheile veröffentlicht. Der Parteitag verlangt ausdrücklich, daß sowohl die Lotterieanzeigen wie die Veröffentlichung von Gewinnlisten, ferner Reklamen und Heirathsgesuche in den Parteiblättern keine Stätte finden, und erwartet überhaupt, daß die Parteipresse eine passendere, würdigere Haltung beobachte.

B. Martini, Tempelhof bei Berlin: Für die berufsmäßig im Dienste der Partei thätigen Arbeiter (Redakteure 2c.) bei eintretender Beschäftigungslosigkeit eine vom Parteitag festzusetzende Geldunterstützung in Verbindung mit einem zentralisirten Arbeitsnachweis beim Parteisekretariat einzurichten und die näheren Bestimmungen hierzu durch eine Kommission ausarbeiten zu lassen.

Die Parteigenossen von Wiesbaden: Neben dem „Vorwärts" ein wöchentlich einmal erscheinendes Zentralorgan herauszugeben, welches die wichtigsten Parteiangelegenheiten veröffentlicht und pro Nummer zum Preise von 5 Pfg. abgegeben wird.

Parteigenosse Sauermann, Charlottenburg: Der „Vorwärts" soll auch Aufsätze über Gesundheitspflege, praktische Lebensweise u. s. w. veröffentlichen.

Parteigenossen des VI. Berliner Reichstagswahlkreises:

1. Für die Sonntagsbeilage des „Vorwärts" (Die Neue Welt) ein anderes Blatt zu beschaffen, da selbiges nicht den Anforderungen genügt, die an ein prinzipiell und wissenschaftlich zu haltendes sozialdemokratisches Blatt gestellt werden müssen.

2. Zum nächsten 1. Mai wird eine Land-Maifestzeitung hergestellt, die speziell sich mit der Arbeitszeit auf dem Lande und der Möglichkeit, sie herabzusetzen, zu beschäftigen hat.

3. Für die ländliche Agitation Agitationsnummern herzustellen, so daß bei der Agitation in jedem Ort die Zeitung verbreitet werden kann, in deren Verbreitungsbezirk der betreffende Ort liegt. Die Agitationsnummer ist derart herzustellen, daß der Leitartikel den Inhalt des neuesten ländlichen Flugblattes hat, und der übrige (politische, lokale und unterhaltende) Theil die heutige kapitalistische Mißwirthschaft drastisch beleuchtet.

Die Broschüre von W. Bracke „Nieder mit den Sozialdemokraten" wird, nachdem die Zahlenangaben in derselben aus dem Jahre 1874 durch die entsprechenden des Jahres 1890 ersetzt sind, in Massenauflage gedruckt und den Genossen für die Agitation zum Selbstkostenpreise oder gratis zur Verfügung gestellt.

Parteigenossen in Metz: Die Broschüre „Nieder mit den Sozialdemokraten" von W. Bracke auch in französischer Sprache neu erscheinen zu lassen, die Zahlenangaben aus dem Jahre 1874 aber durch die entsprechenden des Jahres 1890 zu ersetzen.

Parteigenossen in Düsseldorf und dem V. Sächsischen Wahlkreise: Broschüren, welche zu Massenverbreitungen benützt werden sollen, sind nur zum Preise der Herstellungskosten an die Genossen zu verabfolgen, und wo es angängig ist, auch alle Schriften, welche von verstorbenen Parteigenossen herstammen. Ferner soll auch darauf geachtet werden, daß die besseren Bücher, welche das mangelnde Wissen der Genossen ergänzen sollen, nicht mit indirekten Parteisteuern und Privatprofit belegt werden dürfen. Auch müssen in

B

kürzester Zeit einige für die Landbevölkerung berechneten Agitationsschriften, woran bis jetzt immer noch ein fühlbarer Mangel ist, verausgabt werden.

In halbjährlichen Zwischenpausen müssen Proklamationen in Gestalt von Flugblättern mit größtmöglichster Schnelligkeit gleichzeitig und an allen Orten unter die indifferente Menge geschleudert werden. Die Blätter müssen in kernigen, feurigen und Jedem leicht verständlichen Worten zum Anschluß an unsere Bewegung auffordern und den Thatendrang in der noch schlummernden Volksseele wachrufen. Die Auflage der Flugblätter muß so groß sein, daß im Nu ganz Deutschland damit überfluthet werden kann. Die Uebermittelung an die Genossen hat gleichzeitig und die Massenverbreitung durch die letzteren in denkbar umfassendster Weise zu geschehen. Kein Genosse darf zu dieser Massenaktion seine Beihülfe versagen. Die Kosten dieser Flugblattherstellung sind aus Parteimitteln zu decken, sofern die einzelnen Orte nicht selbst dafür aufkommen wollen.

Parteigenossen in Hanau und Fermersleben. Zur wirksamen Agitation auf dem Lande von Zeit zu Zeit Flugblätter oder Broschüren gratis zu verbreiten, die für rein ländliche Verhältnisse geschrieben und leicht faßbar sind. Dieselben sollen von der Parteileitung den einzelnen Kreisen möglichst billig abgegeben werden.

Agitation.

Genossen in Cassel: Die Haupt-Provinzialstädte, von denen aus die Agitation geleitet und ausgeführt wird, mit genügenden agitatorischen Kräften zu versehen, resp. dafür Sorge zu tragen, daß solche Kräfte, welche unbedingt wirthschaftlich unabhängig sein müssen, in den Provinzialstädten vorzugsweise ihren Wohnsitz nehmen.

Genossen in Friedberg in Hessen: Der Parteitag möge beschließen, daß der Parteivorstand aufgefordert wird, für die Agitation in dem Wahlkreis Friedberg-Büdingen einige tüchtige Agitatoren zur Verfügung zu stellen.

Genossen von Duisburg-Mühlheim: Auf Parteikosten größere Agitationsreisen der populärsten Redner der Partei zu veranstalten, wobei in erster Linie die Industriebezirke des Niederrheins zu berücksichtigen wären, sowie auch zeitweilig dort einen ständigen aus der Parteikasse zu besoldenden Agitator zu stationiren.

Genossen des Naumburg-Weißenfels-Zeitzer Kreises: Der Parteitag möge Mittel und Wege finden, um die Agitation auf dem Lande und in den kleinen Städten reger als bisher zu betreiben, insbesondere dadurch, daß geeignete Landagitatoren diese Orte bereisen und zwar auf Kosten der Zentralleitung, um so auch den Orten, wo keine Mittel für die Unkosten aufgetrieben werden

B

können, Gelegenheit zu Versammlungen zu geben. Wenn dies nicht anders zu erreichen, wären event. Landagitatoren fest anzustellen.

Genossen des 13. Hannöverschen Wahlkreises: Auf Antrag einer Parteiversammlung sind den betreffenden Orten die zu Agitations- oder sonstigen Parteizwecken benöthigten Gelder zur Verfügung zu stellen, falls sich bei eingehendster Untersuchung die unabweisbare Nothwendigkeit herausgestellt hat.

Genossen in Halle a. S. und Sagan: Die Partei soll keinerlei Kompromisse mit anderen Parteien wieder eingehen.

Joh. Löwe, Berlin: Die Partei soll sich bei allen Reichstags-Haupt- und Nachwahlen, und zwar in allen Wahlkreisen betheiligen.

Genossen in Dortmund und Sagan: Der Parteitag wird ersucht, zu der regierungsfreundlichen Stellung des Abg. Vollmar, welche mit den revolutionären Prinzipien unserer Partei im denkbar schroffsten Widerspruch steht, eine scharf abweisende Stellung einzunehmen.

Genosse Pistorius, Braunschweig: Der Parteitag möge aussprechen, daß die sozialdemokratische Partei Deutschlands mit den Arbeiter-Kontrollmarken nichts zu thun habe. Den Gewerkschaften soll es allein, wie deren Presse überlassen bleiben, wie sich dieselben zur Arbeiter-Kontrollmarke stellen werden, die Partei als solche hält sich nicht für berechtigt, für die Arbeiter-Kontrollmarke einzutreten.

3. Reichstags-Wahlkreis Berlin: Der Parteitag soll erklären: Daß die sozialdemokratische Partei als solche nichts mit dem Genossenschaftswesen gemein hat.

3. Reichstags-Wahlkreis Hamburg: Die Partei habe mit dem Genossenschaftswesen und der Kontroll-Schutzmarke nichts zu thun.

K. Eckwarth, Hamburg und die Genossen des 3. Hamburger Wahlkreises. Der Parteitag möge zu der Krankenkassenfrage, speziell zu den freien Hilfskassen Stellung nehmen.

Genossen von Bielefeld, 3. Hamburger Wahlkreis, Elberfeld, Reutlingen, Lübeck und Harburg: Für die Maifeier einen einheitlichen Tag festzustellen und zwar den ersten Sonntag im Mai.

Genossen in Apolda: Die Vertrauensmänner derjenigen Orte, an welchen wichtige Gerichtsentscheidungen gefällt werden, sind verpflichtet, dieselben mit Begründung des Urtheilsspruches schnellstens an den Parteivorstand zur Veröffentlichung im „Vorwärts" einzusenden.

Genossen des 1. Württembergischen Wahlkreises: Der Parteitag möge bei Bestimmung der Orte für Abhaltung von Parteitagen auch Süddeutschland berücksichtigen.

Genossen in Halle a. S: Der Parteitag möge dem Unfug bez. des eingerissenen Personenkultus entgegentreten.

Frauen und Mädchen von Mannheim und Parteigenossen von Sgan (nachträglich korrigirter Antrag): Der Parteitag wolle beschließen:

B

1. daß seitens der sozialdemokratischen Partei eine rege Agitation entfaltet werde zum Zweck der Einbeziehung der Proletarierinnen in die gewerkschaftlichen und — wo dies möglich — politischen Organisationen der Arbeiter und ihrer bewußten, zielklaren Betheiligung an dem Befreiungskampf ihrer Klasse;

2. daß die sozialdemokratische Partei kräftig dafür agitire, und daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dafür eintrete, daß den Arbeiterinnen der freie, unbeschränkte Gebrauch des Vereins- und Koalitionsrechts gewährleistet werde;

3. daß von der sozialdemokratischen Partei in den Zeiten der Wahlagitation Versammlungen veranstaltet werden mit dem Doppelzweck, gegen die politische Rechtlosigkeit des weiblichen Geschlechts zu protestiren und Aufklärung über politische Fragen in die Reihen der Proletarierinnen zu tragen.

Genossen von Straßburg i. E: Es sei auszusprechen, daß das Genossenschaftswesen nur eine ärmliche Nachahmung kapitalistischer Assoziationen ist, die den einzelnen Mitgliedern unter Umständen wohl kleinere Vortheile bringen können, die aber in keinem Verhältniß stehen zu den Nachtheilen, die das Genossenschafts-Unwesen dadurch zeitigt, daß eine große Anzahl tüchtiger Kräfte der revolutionären Bewegung entzogen wird. Die sozialdemokratische Partei hat sich also von derartigen Unternehmungen fern zu halten und hat sie als das zu erklären was sie sind: auf Egoismus und Selbstsucht beruhende Privatunternehmungen.

Parteigenossen in Fermersleben: Den ländlichen Kreisen, insbesondere denjenigen, die bei der nächsten Wahl Aussicht auf Erlangung des Mandats bieten, mehr wie bisher Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Parteigenossen in Köln: Zur Hebung und Belebung der Partei-Agitation im Rheinland, wo die Zentrums-Partei dominirt und Alles aufbietet, unsere Agitation zu entkräften, in Zukunft etwas mehr zu thun, als dies bisher geschehen ist.

Parteigenosse Wehder, Sonneberg i. Th.: Im nächsten Jahre eine Agitationstour für die beiden Meininger Wahlkreise in Aussicht zu nehmen.

Parteigenossen in Unna: Im Reichstags-Wahlkreis Hamm-Soest einen tüchtigen, redegewandten Agitator resp. Organisator mit dem Sitz in Hamm anzustellen. Die hierzu nöthigen Mittel zur Unterstützung event. Besoldung aus der Parteikasse herzugeben.

Parteigenossen in Rathenow: Behufs besserer Agitation gegen die neue Militärvorlage ein Flugblatt herauszugeben, welches als Manifest an einem Tage in ganz Deutschland verbreitet werden kann.

Parteigenossen in Düsseldorf: Der Parteitag soll den Parteivorstand beauftragen, allen Verfertigern von Gebrauchsgegenständen das Abdrucken von Bildnissen bekannter Persönlichkeiten zu unter-

B

sagen, da durch genanntes System wohl ein affenmäßiges Nachahmen, aber niemals eine Aufklärung und Ueberzeugung unter der Arbeiterbevölkerung zu erzielen ist.

Parteigenossen im 1. Hamburger Wahlkreis: Der Parteitag möge zur Frage der Unterstützung der freien Hülfskassen klare Stellung nehmen.

Parteigenosse Dullens, St. Ingbert: Der Pflege des internationalen Gedankens und Bestrebens in der Partei mehr Aufmerksamkeit schenken zu wollen.

Parteigenosse R. Halfter, Berlin: Der Parteitag möge entschieden Stellung nehmen gegen die in letzter Zeit von etlichen Genossen beliebte Haltung bei sogenannten letzten Ehrenerweisungen gegenüber verstorbenen politischen Gegnern.

Parteigenosse Ferd. Wegener, Berlin: Gründung eines „Maison du Peuple" nach dem Muster der belgischen Genossen in Erwägung zu ziehen.

Parteigenosse Stablow, Gallen: Kapitalbesitzenden Genossen zu ersuchen, in den ländlichen Bezirken Lokale zu erwerben und dieselben an parteigenössische Wirthe zu verpachten, um so den Lokalmangel zu heben.

Parteigenossen in Jüterbog: Einen Lokalfond zu bilden, um mit den Mitteln desselben an Orten, wo es nothwendig ist, Versammlungslokale zu miethen oder zu kaufen.

Parteigenossen in München: Resolution: Die in verschiedenen Orten von Parteigenossen in Bezug auf die Stellung der Partei zum sogenannten Staatssozialismus gefaßten Beschlüsse veranlassen die Parteigenossen Münchens, dem Parteitag zu Berlin folgende Resolution zu unterbreiten: Ausgehend von dem allen Genossen zustehenden Rechte der Meinungsäußerung über taktische und prinzipielle Fragen, können die Münchener Genossen in dem Standpunkt des Herrn v. Vollmar in der Frage des Staatssozialismus eine Verletzung der Prinzipien der Partei nicht erkennen. Ganz abgesehen von der Richtigkeit seiner Ansichten über diese Frage und in der Ueberzeugung, daß über die zu Tage gekommenen Maßnahmen des Staatssozialismus nur eine ablehnende Meinung in der Partei vorhanden sein kann, betrachten die Münchener Genossen es als den Grundsätzen der Partei entsprechend, wenn abweichende Anschauungen nicht in persönlicher, sondern rein sachlicher Weise zum Ausdruck gelangen. Da die verschiedenen sozialen Verhältnisse andere Formen des Klassenkampfes bedingen, so sollte es in erster Linie den Genossen der betreffenden Orte und Bezirke anheimgestellt werden: zu entscheiden, inwiefern ihre parlamentarischen Vertreter die Grenzen zwischen nothwendigen taktischen Maßnahmen und den prinzipiellen Forderungen der Partei überschritten haben.

Parteigenossen des 2. Berliner Wahlkreises: Resolution: In Erwägung, daß der politische Kampf der Sozialdemokratie nur

ein Klassenkampf sein kann, in fernerer Erwägung, daß durch die Vollmar'sche Definition des Staatssozialismus die charakteristischen Merkmale dieses Klassenkampfes verwischt werden und dadurch leicht Verwirrung in unsere Reihen getragen werden könnte, protestiren die Parteigenossen des 2. Berliner Wahlkreises ganz energisch gegen die Vollmar'sche Auffassung und Devinirung des Staatssozialismus und erwarten vom Parteitage die bestimmte Erklärung, daß die Sozialdemokratie nichts gemein hat mit dem Staatssozialismus, dem System der Verstaatlichung zu fiskalischen Zwecken, das den Staat an die Stelle des Privatunternehmers setzt und damit die Macht der ökonomischen Ausbeutung und der politischen Unterdrückung des Arbeiters in einer Hand vereinigt. Die Parteigenossen erwarten ferner, sobald der Parteitag gesprochen, von einem jeden Genossen die Respektirung der Beschlüsse desselben, damit es in Zukunft vermieden wird, daß Streitigkeiten innerhalb der Partei, hervorgerufen einerseits durch Erörterungen parteipolitischer Fragen in Bourgeois-Blättern, andererseits durch Interviews gegnerischer Zeitungsvertreter, stattfinden, die nur geeignet sind, die Presse der Gegner mit Sensationsstoff zu versehen, der Partei selbst aber leicht schaden können.

Parteigenossen des VI. Berliner Wahlkreises: Resolution: In Erwägung, daß die Ansichten des Genossen v. Vollmar über Staatssozialismus und Sozialdemokratie verschiedenartig beurtheilt und aufgefaßt werden, möge der Parteitag darüber endgiltig Klarheit schaffen.

Parteigenossen in Straßburg i. E.: In der Ueberzeugung, daß der Staatssozialismus die arbeitenden Klassen vom sozialen Elend nicht erlösen kann, ist jede Bestrebung, die die revolutionäre sozialistische Bewegung in das reaktionäre Fahrwasser des „reformirenden Staatssozialismus" zu leiten sucht, verwerflich.

Parteigenossen des VI. Berliner Reichstags-Wahlkreises: Den im 5. Berliner Reichstags-Wahlkreise angenommenen Antrag Dr. Lütgenau's, Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien bei Stichwahlen abzuschließen, sobald sich dieselben verpflichten, für den Achtstundentag einzutreten, zu verwerfen.

Parlamentarische Thätigkeit.

Genossen in Elberfeld: Den zweiten Theil unseres Parteiprogramms in Form von Gesetzentwürfen zu bringen und diese nebst den bisherigen Arbeiterschutzgesetz-Entwürfen dem Reichstag vorzulegen.

Genossen in Halle a. S.: Die Fraktion zu beauftragen, die sofortige obligatorische Einführung des 8stündigen Arbeitstages zu verlangen, um der immensen Arbeitslosigkeit zu steuern.

Genossen in Bernburg: Die sozialdemokratische Fraktion des

Deutschen Reichstags und die sozialdemokratische Partei wolle nach Kräften für Beseitigung des religiösen Eides wirken.

Frauen und Jungfrauen von Mannheim: (Nachträglich korrigirte Antrage) der Parteitag wolle beschließen:

1. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu beauftragen, im Parlament die Ausdehnung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung und der Gewerbeinspektion auf die Hausindustrie zu fordern;

2. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu beauftragen, die Anstellung weiblicher Gewerbeinspektoren in all den Gewerben zu fordern, in denen ausschließlich oder zum größten Theil Frauen beschäftigt werden.

Parteigenosse P. Reichsteig, Berlin: Der Parteitag wolle beschließen: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags möge, gestützt auf § 5 des Gesetzes vom 31. Mai 1869, durch Einbringung eines Antrages oder einer Interpellation noch in dieser Session die „sofortige" gesetzliche Neueintheilung der Reichstagswahlkreise fördern.

Parteigenosse O. Kamenz, Berlin: Die Reichstagsfraktion werde beauftragt, einen Antrag auf Beseitigung des Majestätsbeleidigungs-Paragraphen im Reichstag einzubringen.

Parteigenosse L. Emmel, St. Johann: Der Parteitag wolle beschließen, die sozialdemokratischen Reichstags- und Landtags-Abgeordneten werden beauftragt: in den gesetzgebenden Körperschaften dahin zu wirken, daß alle in staatlichen Betrieben beschäftigte Hilfsbeamte und Arbeiter nach einer kurzen Probezeit unter das Beamtengesetz desjenigen Einzelstaates fallen, in dem sie beschäftigt sind.

Parteigenossen in Düsseldorf: Resolution: In Erwägung, daß das Parlament nur ein Agitationsmittel sein soll, beantragen die Genossen in Düsseldorf, daß von jetzt an nur (außer bei wichtigen Abstimmungen) einzelne Abgeordnete im Parlament vertreten sind und die andern während der Session in verschiedenen Provinzen Versammlungen abhalten, um so dem Volke die Nothwendigkeit des Sozialismus vor die Augen zu führen.

Persönliches.

Die Parteigenossen der beiden Wahlkreise Breslau-Ost und Breslau-West beantragen, den St. Gallener Beschluß, soweit er sich auf den Genossen Bruno Geiser bezieht, außer Wirksamkeit zu setzen.

Parteigenossen aus dem Wahlkreise Solingen: Der Parteitag möge der Reichstagsfraktion den Auftrag geben, den Abgeordneten Georg Schumacher aus der Fraktion auszuschließen.

Parteigenosse Riemann, Chemnitz: Die Differenz zwischen den Chemnitzer Genossen und Riemann durch ein Schiedsgericht zum Austrag bringen zu lassen.

B

Bericht des Partei-Vorstandes.

Allgemeines.

Die neugewählte Parteileitung trat unmittelbar nach Schluß des Parteitages in Erfurt zu ihrer konstituirenden Sitzung zusammen. Zur Entgegennahme der gegen die Parteileitung und deren Geschäftsführung etwa eingehenden Beschwerden wurde Gen. Kaden in Dresden beauftragt, die Kontrole der Kassenführung den beiden in Berlin wohnhaften Kontroleuren, unter jedesmaliger Zuziehung eines auswärtigen Mitgliedes der Kontrolkommission, übertragen. Die vor Abhaltung des Parteitags vorgenommene Schlußrevision fand unter Theilnahme sämmtlicher Kontroleure statt. Zu Anfang November erließ der Parteivorstand an die Genossen im Lande die Aufforderung, zur Wahl der Vertrauensmänner für die einzelnen Orte und Kreise zu schreiten; das neue Parteiprogramm nebst den Organisationsbestimmungen wurde in großen Auflagen hergestellt und zum Selbstkostenpreis, oder wo die Verhältnisse dies nothwendig erscheinen ließen, gratis an die Genossen im Lande versandt, so daß dasselbe über das ganze Reich hin in hunderttausenden von Exemplaren Verbreitung gefunden hat.

Konnten wir schon im letztjährigen Berichte konstatiren, daß die in Halle beschlossene Organisationsform der Partei im allgemeinen sich bewährt habe, so darf wohl jetzt nach Verlauf eines weiteren Jahres dieses Urtheil dahin erweitert werden, daß unsere heutige Organisationsform, nach dem Stande der deutschen Vereinsgesetzgebung auf der einen und dem stetigen Wachsthum der Partei auf der anderen Seite, sowohl der Aktionsfreiheit der Genossen genügenden Spielraum läßt, wie sie doch auch wieder den festen Zusammenschluß und die Zusammengehörigkeit der Gesammtpartei in allen großen politischen und Parteifragen verbürgt. In demselben Maße als unsere Parteibewegung in den einzelnen Reichsländern immer mehr und mehr den Charakter einer Volksbewegung annimmt, werden dort bei aller prinzipiellen Festhaltung des strengen Klassencharakters und des uns von allen anderen Parteien und Gesellschaftsschichten trennenden Endzieles: Abschaffung der Klassenherrschaft und Vergesellschaftung der Arbeitsmittel, die eigentlichen Aufgaben des politischen Tageskampfes unter Umständen verschiedene sein und muß daher die Entscheidung darüber, wie die Agitation und der politische Kleinkrieg geführt werden sollen, im Großen und Ganzen den Genossen überlassen bleiben; es kann nicht von oben herab eine allgemein bindende Marschroute vorgeschrieben oder stets eine gemeinsame Kampfparole ausgegeben werden.

Daher sehen wir in immer steigendem Maße und mit immer größerer Betheiligung die Genossen zu **Landes-** und **Provinzial-**

B

Parteitagen, über deren Aufgaben unser letztjähriger Bericht sich eingehender ausgesprochen hat, zusammentreten. Im Laufe des Jahres haben solche in zeitlicher Reihenfolge stattgefunden für Württemberg, Baden, Schwarzburg-Rudolstadt, Westfalen, Schlesien und Posen, Schwaben und Neuburg, Provinz Hessen, Lippe-Detmold, Rheinland, Königreich Sachsen, Lübeck und Mecklenburg, Brandenburg, Provinz Sachsen, Pfalz, Reuß j. L., Bayern, Meiningen, Thüringen, Hessen-Darmstadt und Elsaß-Lothringen. Ferner haben eine ganze Reihe von Kreiskonferenzen für einzelne oder nahe zusammenliegende Reichstagswahlkreise stattgefunden, die alle zusammen ein glänzendes Zeugniß für den Agitationseifer und die politische Regsamkeit unserer Genossen lieferten.

Hand in Hand mit der steigenden Thätigkeit der Genossen in den einzelnen Provinzen und Orten ging auch eine Steigerung des Verkehrs zwischen Parteivorstand und Vertrauensmännern. Während vom Haller Parteitag bis zum Erfurter der beim Sekretariat der Partei eingegangene Brief- und Kartenverkehr die Ziffer 3227 erreichte, beträgt er heuer vom 1. Oktober 1891 bis 30. September 1892: 3842, und die Ziffer der vom Sekretariat ausgegangenen Korrespondenzen beläuft sich im gleichen Zeitraum auf 3490 gegen 3634. Die versandten Circuläre und sonstigen Kreuzbandsendungen sind im Ein- und Ausgange nicht gezählt, belaufen sich aber ebenfalls nach Tausenden.

Im Allgemeinen trug das verflossene Jahr in Bezug auf das innere Parteileben den Charakter ruhiger, aber stetiger Entwicklung. Als der Erfurter Parteitag die unter der Maske prinzipieller Opposition auftretenden Elemente abstieß, that er dies in der ausgesprochenen Ueberzeugung, daß es sich bei diesen Personen nicht um eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit, nicht um einen aus innerer Ueberzeugung hervorgetretenen Gegensatz handle; und die nachherige Entwicklung hat die Richtigkeit dieser Auffassung vor der breiten Oeffentlichkeit bestätigt. Trotzdem jene Personen ihren Anhang zu organisiren unternahmen, wobei freilich sofort wieder eine Abscheidung ins sog. „anarchistische" Lager sich vollzog, und ein eigenes Organ gründeten, so hat doch bis zur Stunde Niemand erfahren, in welchen prinzipiellen Punkten sie im Gegensatz zur Sozialdemokratischen Partei stehen. In Presse und Versammlungen besteht nach wie vor ihre Thätigkeit in dem altgewohnten Handwerk der persönlichen Verleumdung und Ehrabschneiderei, einzelne sind bereits zu dem Grade politischer Gesinnungslosigkeit heruntergesunken, daß sie diese Beschimpfungen der Partei in den Bourgeoisblättern gegen Bezahlung gewerbsmäßig ausüben. So bietet denn diese Gruppe heute dasselbe Schauspiel, das unter dem Sozialistengesetz nach dem Wydener Kongreß Most mit seiner „Freiheit" bot: in erbitterter Wuth über die eigene Ohnmacht und völlige Bedeutungslosigkeit werden diese Elemente nur noch durch ein Bestreben zusammenge-

B

halten: unserer Partei zu schaden, gleichviel mit welchen Mitteln. An der taktischen Geschlossenheit und prinzipiellen Klarheit der Genossen scheitern aber alle diese Bemühungen.

Ueberhaupt hat das Erfurter Urtheil über die Anschuldigungen der sog. Opposition einen neuen Beleg für die unverbrüchliche Disziplin unserer Partei ergeben. Wo immer jene Gesellschaft Boden zu fassen versuchte, sofort nach Klarlegung des Sachverhalts haben die Genossen ihnen die Wege gewiesen. Und wenn heute im Reiche an ein paar vereinzelten Orten eine Gruppe von Leuten sich als sog. Unabhängige zusammengethan haben, so liegt die Ursache hierzu ausschließlich in örtlichen oder persönlichen Streitigkeiten, sehr häufig auch in der Zurückweisung unberechtigter Ansprüche — die Partei aber kann es nur mit Freuden begrüßen, daß sie endlich die Verantwortung über Worte und Handlungen dieser Elemente losgeworden ist.

* * *

Eine weitere Frage, die im Laufe des letzten Jahres in den Kreis der parteigenössischen Erörterungen gezogen worden, war die Stellung der Partei zum Eide. Seitdem Hans Blum in seinen „Lügen" die lügnerische Behauptung neu aufgetischt, daß die Sozialdemokratische Partei zur Erreichung von Parteizwecken auch den Meineid billige, ist dieselbe von gewissenlosen Gegnern ab und zu wiederholt worden. So lange blos Leute von der politischen Bedeutungslosigkeit und Qualifikation eines Hans Blum diese Verleumdungen kolportirten, konnte die Partei dies ertragen. Wir sind allmählich daran gewöhnt worden, daß im Kampfe gegen unsere Partei den Gegnern alle Mittel gut genug sind. Anders wurde jedoch die Sache, als diese durch nichts erwiesene Anschuldigung ihren Einzug auch in den Gerichtssaal hielt und von einer Stelle aus dieser Vorwurf erhoben wurde, die durch Eid und Verfassung gehalten ist, Recht und Gesetz zu wahren ohne Ansehung der Person und politischen Gesinnung.

Staatsanwalt Romen in Hamburg war der Erste, welcher in öffentlicher Gerichtssitzung gegen die Anhänger der Sozialdemokratie den Vorwurf erhob:

„Die Sozialdemokraten halten sich infolge ihres Parteiprogramms und vieler in den sozialdemokratischen Schriften ausgesprochenen Grundsätze berechtigt, auf den geleisteten Eid Unwahres sagen zu dürfen, da von der Partei der Eid als null und nichtig erklärt werde."

In einer späteren Gerichtssitzung wiederholte er diese Behauptung und kleidete sie in die Worte:

„Er sei im Stande, hinreichend Material dafür beizubringen, daß die ganze sozialdemokratische Parteipresse vom „Vorwärts" abwärts nicht nur den Meineid billigt, sondern ihn sogar verherrlicht, wenn es dadurch möglich ist, einen angeklagten Genossen der Strafe zu entziehen."

B

Mit Recht waren unsere Genossen vom „Echo" über diese Art der Amtsausübung entrüstet, sie verlangten für diese Beschuldigung Beweise und der Staatsanwalt antwortete mit: Konfiskation, Haussuchung, Anklage! Vor dem Forum der Oeffentlichkeit, vor das ihn die Hamburger Sozialdemokraten forderten und wo die Amtsrobe dem Staatsanwalt kein Privilegium gewährte, erschien Herr Romen nicht — er ist bis heute den Beweis seiner Behauptung schuldig geblieben.

Dieses Vorgehen des Hamburger Staatsanwalts blieb nicht vereinzelt; dem unparteiischen Staatsanwalt folgte der unparteiische Richter. In Breslau hatte, nach den dortigen Tageszeitungen, der Landgerichtsdirektor Schmidt den Vorwurf der Meineidsbegünstigung direkt gegen die Parteileitung erhoben, weshalb diese sich zum Einschreiten veranlaßt sah und darüber im „Vorwärts" folgende Erklärung veröffentlichte:

Erklärung.

Nach den Berichten in Breslauer Tageszeitungen — wir nennen hier von der gegnerischen Presse die „Breslauer Morgen-Zeitung" und den „General-Anzeiger" — hatte gelegentlich einer Verhandlung wider unseren Genossen Thiel, Redakteur der „Volkswacht", vor dem Landgericht zu Breslau der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Schmidt, in einer Ansprache an die Entlastungszeugen vor deren Vereidigung sich (wir zitiren nach der „Volkswacht") folgendermaßen ausgelassen:

„Ich weiß nicht, auf welchem politischen Boden Sie stehen, aber es ist mir bekannt, daß die **sozialdemokratische Parteileitung** ihren Anhängern empfohlen hat, in allen Fällen, bei denen das Interesse eines der Ihrigen vor Gericht in Frage kommt, Meineide zu schwören, um den Angeklagten zu entlasten. Ich kann mir nicht denken, daß diese Anschauung auch hier Boden gefaßt hat, ich glaube nicht — zu Ihrer Ehre und zur Ehre des ganzen Menschengeschlechtes — daß Sie nicht soviel auf Ihr Gewissen halten, sondern ich glaube, daß Sie die volle Wahrheit sagen werden. Was Sie auch sonst von der gegenwärtigen Weltordnung halten mögen — Gottes Strafgericht würde Sie doch ereilen, wenn Sie Ihre Eidespflicht verletzten."

Kurz vorher hatte bekanntlich der Hamburger Staatsanwalt Romen in öffentlicher Gerichtssitzung sich ähnlich ausgedrückt; nur war Herr Romen in der Wahl seiner Worte vorsichtiger gewesen. Er hatte nur von der Partei, den Sozialdemokraten im Allgemeinen gesprochen, so daß ihn Niemand direkt fassen konnte, Herr Landgerichtsdirektor Schmidt dagegen beschuldigte — nach den Zeitungsberichten — direkt die Parteileitung, sie habe den Meineid empfohlen, und er verstärkte — wieder nach denselben Zeitungsberichten — diese ungeheuerliche Anschuldigung noch durch die ganz bestimmte Versicherung, er wisse das, es sei ihm das bekannt.

Damit war natürlich für die Parteileitung die Pflicht gegeben, die Sache nicht auf sich beruhen zu lassen; schien doch endlich einmal die Möglichkeit geboten, Beweise dafür zu erhalten, wo und wann seitens der Sozialdemokratie der Meineid empfohlen worden,

nachdem eine solche Anschuldigung in so bestimmter Form von so autoritativer Seite erhoben worden war!

Unterm 13. September ging an Herrn Schmidt folgender Brief ab:

„Berlin, Katzbachstr. 9, I, 13. September 1892.

Herrn Landgerichts-Direktor Schmidt in Breslau.

Geehrter Herr!

Durch die Presse (sp. Nr. 210 der „Volkswacht" in Breslau S. 4 Sp. 3) geht die bis jetzt von Ihnen unwidersprochen gebliebene Nachricht, daß Sie in einer Gerichtsverhandlung wider Thiel, Redakteur der „Volkswacht" in einer Ansprache an die Zeugen vor deren Vereidigung die Aeußerung gethan haben:

„Ich weiß nicht, auf welchem politischen Boden Sie stehen, aber es ist mir bekannt, daß die **sozialdemokratische Parteileitung** ihren Anhängern empfohlen hat, in allen Fällen, bei denen das Interesse eines der Ihrigen vor Gericht in Frage kommt, Meineide zu schwören um den Angeklagten zu entlasten."

Im Auftrage der sozialdemokratischen Parteileitung, die seit Oktober 1890 aus den Reichstags-Abgeordneten Auer, Bebel und Singer, dem Metallarbeiter A. Gerisch und dem Schriftsetzer R. Fischer besteht, erlauben sich die unterzeichneten Sekretäre derselben die höfliche Anfrage an Sie, ob diese Behauptung Ihrerseits wirklich gefallen ist.

Als Ehrenmann und Beamter werden Sie es selber begreifen, daß wir eine solche Beschuldigung nicht auf uns ruhen lassen können; aber ehe wir nach irgend einer Richtung weitere Schritte thun, glaubten wir eine Rückäußerung Ihrerseits über die qu. Anschuldigung erbitten zu sollen.

Ihrer gefl. Antwort entgegensehend

Achtungsvoll

F. Auer. R. Fischer."

Unterm 24. September lief endlich folgende Antwort ein:

„Breslau, 24. September 1892.

Geehrter Herr!

In höflicher Beantwortung des gefälligen Schreibens vom 13. d. Mts. nehme ich in Betreff Wortlautes und Sinnes der von mir geschehenen Meineids-Verwarnung Bezug auf die Nr. 625 der „Breslauer Zeitung" vom 7. September cr.

Eine weitere Erklärung abzugeben sehe ich mich in Uebereinstimmung mit der Auffassung meiner Vorgesetzten außer Stande, da ich über Aeußerungen, die ich in amtlicher Eigenschaft gethan habe, nur meinen Vorgesetzten Rechenschaft schuldig bin.

Achtungsvoll

Schmidt, Landgerichts-Direktor."

Als Beamter mag Herr Schmidt formell im Rechte sein, daß er für Aeußerungen in amtlicher Eigenschaft nur seinen Vorgesetzten Rechenschaft schuldig ist; aber als Ehrenmann kann es ihm auch nicht verwehrt sein, denen, die er nach Zeitungsberichten solch' ehrloser Dinge beschuldigt, klipp und klar zu erklären, ob er diese Beschuldigung erhoben hat oder nicht. Es wäre ihm, falls er diese Beschuldigung voreilig und grundlos geäußert, als Ehrenmann auch nicht verwehrt gewesen, solches offen einzugestehen.

Seine Antwort ermangelt aber dieser unzweideutigen Deutlichkeit. Wir verstehen ihn aber jedenfalls nicht falsch, wenn wir annehmen, Herr Schmidt wolle in Abrede stellen, gegen die Parteileitung den Vorwurf der Meineidsbegünstigung ausgesprochen zu haben.

Die „Breslauer Zeitung", auf welche Herr Schmidt verweist, läßt ihn in jener Zeugenansprache nur erklären:

„Ich weiß nicht, auf welchem politischen Boden Sie stehen, weiß aber, daß neuerdings seitens der sozialdemokratischen Partei gepredigt worden ist, man könne zu Gunsten beschuldigter Parteigenossen auch falsch schwören" u. s. w.

In der Wiedergabe der Ausführungen des Vertheidigers, Herrn Rechtsanwalts Marcuse, läßt auch die „Breslauer Zeitung", wie alle anderen Blätter, diesen sagen:

„Es ist vorhin von seiten des Vorsitzenden die Behauptung aufgestellt worden, daß von seiten der sozialistischen **Parteileitung** die Parole ausgegeben worden sei" u. s. w.

Und die „Breslauer Zeitung" läßt dann in ihrem Bericht den Vertheidiger wiederholt gegen diese Behauptung des Vorsitzenden protestiren, unter dreimaliger Anführung des Ausdrucks „Parteileitung".

Herr Schmidt ist also vom Vertheidiger, von Reportern, vom Angeklagten, von einer Reihe von Ohrenzeugen in einer geradezu auffälligen und fatalen Weise mißverstanden worden, ein Glück, daß wenigstens der Berichterstatter der „Breslauer Zeitung" den Herrn Landgerichtsdirektor richtig verstanden hat, da dieser ja auch das Mißverständniß des Vertheidigers nicht sofort berichtigt hat.

Ist nun auch die Behauptung, daß „die sozialistische Partei neuerdings gepredigt habe, man könne zu Gunsten beschuldigter Parteigenossen falsch schwören", eine durch nichts zu beweisende, mit allen Thatsachen in schroffstem Widerspruch stehende Beschuldigung, so ist doch für die Parteileitung mit dem Briefe des Herrn Landgerichtsdirektors diese Angelegenheit erledigt. Was nicht behauptet worden, braucht nicht widerlegt zu werden. Gleichwohl wollen wir aber nicht unterlassen, zu erklären, daß in der That nur beispiellose Leichtfertigkeit oder Nichtswürdigkeit die Behauptung aufstellen könnte, „die sozialdemokratische Parteileitung habe ihren Anhängern empfohlen, in allen Fällen, bei denen das Interesse eines der Ihrigen vor Gericht in Frage kommt, einen Meineid zu schwören, um den Angeklagten zu entlasten".

Berlin, im Oktober 1892. Der Partei-Vorstand.

So unsere Erklärung.

Das Vorgehen der Romen und Schmidt fand aber noch an anderen Orten Nachahmung. Und wie die Dinge einmal liegen, glauben wir auch nicht daran, daß von berufener Seite Einhalt geboten und die betreffenden Beamten zur Rechenschaft gezogen werden, obgleich es für jeden Einsichtigen feststeht, daß es nicht die Sozialdemokratie ist, die darunter Schaden leidet, und obgleich es ferner ebenso feststeht, daß der Glaube an die unparteiische Rechtspflege mittelst solcher Praktiken nicht gestärkt wird.

Die Sozialdemokratie hat niemals einen Hehl daraus gemacht, daß sie Gegnerin der religiösen Form des Eides ist; für sie ist die religiöse Bedeutung und religiöse Verantwortung des Eides belanglos; sie erkennt den Wahrheitszwang vor Gericht einfach als bürgerliche, als menschliche Verpflichtung an, der gegenüber für den Zeugen nur das Recht der Eidesverweigerung, nicht das der Lüge anerkannt werden kann. In der gegenwärtigen Gesellschaft ist der Eid eine der Grundlagen des Rechtsverfahrens; wird nun eine ganze politische Partei von vornherein grund- und beweislos der Meineidsbegünstigung von Gerichtsstelle aus angeschuldigt, so wird sie damit einfach vom allgemeinen, für alle Staatsangehörigen unterschiedslos geltenden gleichen Rechtsstandpunkt abgedrängt, mit anderen Worten rechtlos gemacht. Gegen jede solche Vergewal-

B

tigung zu protestiren und jeden solchen Versuch energisch zurückzuweisen und mit allen Mitteln zu vereiteln, ist selbstverständliche Pflicht der Partei. Und die Partei wird ihr Recht zu wahren und ihre Pflicht zu erfüllen wissen — allen Staatsanwälten und Richtern zum Trotz!

* * *

Zur **Maifeier** hatte der Parteivorstand, um jede Zersplitterung zu vermeiden und den sozialpolitischen Charakter dieser internationalen Arbeiterdemonstration unverhüllt und unzweideutig zum Ausdruck zu bringen, an die Vertrauensleute die Aufforderung gerichtet, deren Veranstaltung von Parteiwegen in die Hand zu nehmen. Ebenso hatte derselbe — und zwar hauptsächlich aus propagandistischen Gründen — die Herausgabe eines gemeinschaftlichen Festzeichens und der „Maifestzeitung" beschlossen, die in einer halben Million Auflage weiteste Verbreitung und auch allgemeine Anerkennung gefunden hat. Unsere jämmerlichen Vereinsgesetze in den einzelnen Bundesstaaten, die fast überall die Veranstaltung von öffentlichen Aufzügen, Versammlungen unter freiem Himmel u. s. w. in das Belieben der untergeordnetsten Polizeibehörden stellen, ermöglichten natürlich keine einheitliche Demonstration. Schließlich liegt der Werth der Feier doch auch weniger in deren äußeren Form, als in der Thatsache, daß die Arbeiterschaft aller Länder für die vom Pariser Kongreß formulirten Forderungen einheitlich ihre Stimme erhebt und den unbeugsamen Willen bekundet, der herrschenden Gesellschaft deren Anerkennung abzuzwingen. Trotzdem im Reiche die Feier vielfach durch die Ungunst des Wetters ganz erheblich beeinträchtigt und eine Reihe süddeutscher Städte durch den eingetretenen Schneefall sogar zur Verlegung der Feier gezwungen wurden, trat dieser demonstrative Gedanken durch die Größe der versammelten Massen überall in unleugbare Erscheinung. Die Gegner mögen, begünstigt durch die seit einigen Jahren wüthende, die Widerstandskraft der Arbeiterklasse zeitweise stark lähmende furchtbare Geschäftskrisis, drohen oder höhnen: die Arbeiter wissen, daß sie der Bourgeoisie den Weltfeiertag und die baldige Erfüllung der Pariser Forderungen abtrotzen werden, dafür war die heurige Maifeier ein neuer Beweis.

Neben der Maifeier boten die Parteitage der österreichischen und französischen Sozialdemokratie unserer Partei äußeren Anlaß, die internationale Solidarität der klassenbewußten Arbeiterschaft abermals zu bekunden. Mit der österreichischen Bruderpartei ist die deutsche Sozialdemokrtie von Anfang an aufs innigste verwachsen gewesen, Tausende von Genossen haben hüben und drüben Schulter an Schulter gekämpft, gemeinsam Sieg und Niederlage getheilt, so daß die Theilnahme des Genossen Auer als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie am Wiener Parteitage von selbst gegeben war. Fehlen aber auch diese äußeren

B

Momente der Bundesgenossenschaft in unseren Beziehungen zu der französischen Sozialdemokratie, so hat in jüngster Zeit die begeisterte Aufnahme der französischen Delegirten auf den Haller Parteitag und vor wenigen Wochen die unseres Genossen Liebknecht auf dem Marseiller Kongreß, der vom Parteivorstand mit der Vertretung der Partei beauftragt war, wieder unwiderleglich bewiesen, daß auch das kämpfende französische Proletariat eines Sinnes, eines Herzens mit der deutschen Sozialdemokratie ist. Mögen die chauvinistischen Bourgeois diesseits und jenseits des Rheines haßerfüllt zum Kriege hetzen, mögen Diplomaten und Regierungen beider Länder den Wohlstand der Nationen dem Militarismus und dem Schreckgespenst des Krieges opfern, die klassenbewußten Arbeiter beider Länder reichen sich als Vorkämpfer wahrer Kultur und Gesittung über die Grenzen die Hände, in der Ueberzeugung, daß nur ein Feind sie trennt und daß ihre gemeinsame Aufgabe ist: die Bekämpfung und Vernichtung dieses einen Feindes, des Kapitalismus!

* * *

Agitation.

Auf allen Parteitagen und in zahlreichen, sich immer wiederholenden Zuschriften an die Parteileitung wird darüber Klage geführt, daß die Agitation nicht in genügendem Maße betrieben werde. Diese Klagen entspringen dem lebhaften Bedürfniß unserer Genossen, in noch höherem Maße als bisher die Grundsätze unserer Partei in immer weiteren Kreisen zu verbreiten, sozialpolitische Aufklärung in die entlegensten Bezirke des Reiches zu tragen. Aber so offen wir hier für die Gesammtpartei das rühmliche Zeugniß ablegen dürfen, daß in dieser Beziehung alle Genossen vom höchsten Pflichtgefühl durchdrungen sind, ebenso sehr glaubt der Parteivorstand für sich das Zeugniß beanspruchen zu dürfen, nach dieser Richtung hin gethan zu haben, was in seinen Kräften stand. Wenn er dabei freilich nicht allen Anforderungen entsprechen konnte, so liegt das zum großen Theil daran, daß es in unserer Partei noch immer an genügenden Agitationskräften fehlt, und daß andrerseits die Genossen ihre Wünsche nach rednerischen Kräften nur allzuoft auf die paar bekannten Namen beschränken, die einfach außer Stande sind, den an sie ergehenden Anforderungen sämmtlich zu entsprechen.

Größere Agitationstouren wurden seitens der Parteileitung im verflossenen Jahre veranstaltet durch Thüringen, Rheinland, Schlesien, Westfalen, Provinz Sachsen, Schleswig-Holstein, das Erzgebirge und Ostpreußen. Auch im Maingau, Baden, in der Pfalz und im Saar-Revier haben eine Reihe von Agitationsversammlungen seitens vom Parteivorstand entsandter Redner stattgefunden. Daneben wurden von einzelnen Agitationskomitees und Landesorganisationen ebenfalls größere Touren veranstaltet, z. B. durch Württemberg, Baden, Rheinland, Nordbayern.

B

Das Bild der Partei-Agitation ist damit aber nicht erschöpft. Unsere sämmtlichen Abgeordneten haben nicht nur in ihren Wahlkreisen zahlreiche Versammlungen abgehalten, sondern sind auch den an ihren Wohnorten oder von Auswärts einzeln an sie ergangenen Wünschen nach Referaten in zahlreichen Fällen nachgekommen. Dasselbe ist der Fall mit den an der Parteipresse angestellten und den sonstigen in der Partei rednerisch thätigen Genossen, für die allesammt von Nacht- und Sonntagsruhe nur zu oft keine Rede ist.

Auch wurden für größere und nachhaltige Agitation einer ganzen Reihe von Orten und Provinzen größere Summen zur Verfügung gestellt, ebenso, wo Personen und Verhältnisse dies angebracht erscheinen ließ, feste monatliche Zuschüsse aus der Parteikasse geleistet, um die Agitation zu ermöglichen und in Fluß zu erhalten, besonders auch dann, wenn die Gegner durch Brotlosmachung und Existenzuntergrabung der agitatorisch thätigen Genossen die Parteibewegung lahm zu legen oder zu unterdrücken versuchten.

Neben der mündlichen Agitation wurde seitens der Genossen wie der Parteileitung selbstverständlich der Verbreitung von Broschüren und Flugschriften große Aufmerksamkeit geschenkt.

Der Agitation auf dem flachen Lande dienen ferner einige neu herausgegebene Flugblätter, die zum Theil noch unter der Presse sind. Leider ist es den Genossen, die mit der Bearbeitung des einschlägigen Materials betraut wurden, bis jetzt nicht möglich geworden, die für die ländlichen Proletarier bestimmten Broschüren fertig zu stellen; dafür sind seitens der Genossen in den einzelnen Provinzen solche auf die ländlichen Arbeiten berechneten Flugschriften ausgegeben worden, und da diese meist lokale und provinzielle Färbung trugen, erfüllten sie auch ihren Zweck viel besser als es ein von einer Zentralstelle herausgegebenes und für die weitesten Kreise berechnetes Flugblatt hätte thun können. Und als ein unsere Partei zu den schönsten Hoffnungen berechtigendes Zeichen dürfen wir es auffassen, daß in ganz Deutschland, im entferntesten Osten wie im Umkreise der Industriestädte seitens des ländlichen Proletariats unsere Genossen überall aufs Herzlichste begrüßt und unsere Blätter und Schriften mit einem förmlichen Heißhunger verlangt und entgegengenommen werden. Die Großbauern und Gutsbesitzer freilich und als treue Wächter neben ihnen die „himmlische Gensdarmerie" in Gestalt der gescheitelten und tonsurirten Geistlichkeit suchen oft mit dem Appell an die brutalsten Instinkte diese Agitation unserer Genossen zu verbieten; ihre Bemühungen werden indeß die Verbrüderung des ländlichen Proletariats mit den Industrieproletariern so wenig verhindern, wie die offenen Aufforderungen der ultramontanen und konservativen Presse, die „Verführer" mit Hunden von den Höfen zu hetzen.

Ein äußeres Zeichen für den Erfolg unserer Agitation liefern die

B

im Laufe des letzten Jahres stattgehabten Wahlen zu den verschiedenen Vertretungskörpern. Der Erfurter Parteitag war zusammengetreten unter dem Eindruck des großartigen Sieges, den unsere sächsischen Genossen bei den Landtagswahlen errungen haben: 4 neue Mandate wurden erobert und die für unsere Partei abgegebenen Stimmen stiegen von 15000 auf 34000. Aehnlich gestaltete sich das Verhältniß bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen. Von 5597 Stimmen in 1884 stiegen wir 1890 auf 15 791 Stimmen und bei den am 27. September 1892 stattgehabten Nachwahlen erfolgte eine abermalige Steigerung — trotz der von den „Unabhängigen" dagegen geführten wüsten Agitation. Weitere Siege erfochten unsere Genossen bei den Altenburger, Reußer, Gothaer und Meininger Landtagswahlen: zu allen vier Körperschaften haben wir durch je einen Abgeordneten den Zutritt erzwungen, trotzdem überall die sämmtlichen bürgerlichen Parteien sich vereinigt hatten zur „einen reaktionären Masse" und trotzdem die nach dem Steuerzensus angelegten, oft auch indirekten Wahlsysteme den Wahlkampf erschweren und das Gros der Arbeiterbevölkerung von der Wahlbetheiligung direkt ausschließen.

Auch die Nachwahlen zum Reichstag brachten unserer Partei eine Reihe von Erfolgen. Zwar gelang es uns nur im 22. sächsischen Wahlkreis einen Vertreter durchzubringen und damit „das dritte Dutzend" voll zu machen; unser Kandidat hatte mit 11 721 Stimmen gegen 1890 noch über 400 Stimmen gewonnen. Bei allen übrigen Nachwahlen war nach Lage der Dinge ein Wahlsieg von vornherein ausgeschlossen; aber wir gewannen erheblich an Stimmenzahl bei den Nachwahlen in Bayreuth (2043 gegen 1102 in 1890), im 11. Württembergischen Kreis (1220 gegen 872), in Mecklenburg-Neustrelitz (2597 gegen 1687), im urkonservativen pommerschen Kreis Stolpe-Lauenburg, dem Sitze des Herrn von Puttkamer, stiegen wir von 158 auf 302 Stimmen und im schlesischen Kreise Hirschberg-Löwenberg, wo noch nie eine sozialdemokratische Stimme abgegeben worden, erzielten wir bei der jüngsten Nachwahl 100 Stimmen. Alle diese Erfolge wiegen um so schwerer, als bekanntlich Nachwahlen nicht unter der bei Hauptwahlen herrschenden politischen Regsamkeit und Kräftespannung vor sich gehen, sondern im Gegentheil fast regelmäßig eine geringere Wahlbetheiligung aufweisen. Wenn wir nun auch in einigen Wahlkreisen (Hildesheim, Herford-Halle, Sagan-Sprottau) bei Nachwahlen einen Stimmenrückgang zu verzeichnen haben, so erklärt sich dies nicht blos aus obiger Thatsache, sondern auch noch aus einer Reihe örtlicher und zeitlicher Ursachen. In einer ganzen Anzahl von ländlichen Kreisen hängt Agitation und Stimmzahl für unsere Partei sehr oft von der Frage ab, zu welcher Jahreszeit die Wahlen stattfinden. Da die sozial unabhängigen Genossen, die bei dem Terrorismus der Dorfschulzen und Rittergutsbesitzer allein die Agitation betreiben

B

können, zur Sommers- und Herbstzeit meist als Bauhandwerker u. dergl. in den nahegelegenen Städten arbeiten und nur auf den Sonntag zu ihrer Familie heimkehren, so ist zu solcher Zeit eine wirksame Agitation durch Versammlungen, Flugblattverbreitung und dergleichen unserseits geradezu ausgeschlossen.

Wenn die Gegner aus diesen paar Zahlen also Schlüsse auf den „Rückgang" unserer Partei ziehen, so wird diese Hoffnung sich bald als eitel erweisen, wir aber haben alle Ursache, nach den diesjährigen Erfolgen mit Zuversicht der Zukunft entgegenzusehen. Tritt doch immer mehr und immer deutlicher die Thatsache in Erscheinung, daß in allen Fragen, bei denen die Interessen der Arbeiter als Klasse auf dem Spiele stehen, immer größere Massen der Arbeiter jenen gegnerischen Parteien die Gefolgschaft verweigern, die sie ihnen bisher widerspruchslos in allen politischen Streitfragen geleistet haben. Ohne Anhänger der Sozialdemokratie zu sein, ohne deren Programm, das sie oft gar nicht kennen, von Anfang bis Ende zu unterschreiben, sind diese Arbeiter allmälich sowohl durch das Verhalten der gegnerischen Parteien in allen wirthschaftlichen Fragen wie auch durch die Stellungnahme und Kritik der Sozialdemokratie gegenüber den schwächlichen, halben oder geradezu nichtssagenden „Reformen" der Regierungen und Parteien instinktiv zu der Ueberzeugung gekommen, daß ihre Interessen heute nur noch von einer Partei ernsthaft und rückhaltlos gewahrt und vertreten werden: der Sozialdemokratie! Einen schlagenden Beweis dafür lieferte der Ausfall der **Gewerbegerichts-Wahlen.** Ohne deren Bedeutung zu überschätzen, haben unsere Genossen dafür allerwärts eine lebhafte Agitation entfaltet und mit verschwindenden Ausnahmen sind im ganzen Reiche die von unseren Genossen aufgestellten Kandidaten gewählt worden. Auch in Gegenden und Städten, wo bei den letzten allgemeinen Wahlen unsere Partei es nur zu kleinen Minoritäten gebracht hat oder wo bisher, wie im katholischen Rheinland, Bayern, Schlesien 2c., die Arbeiter in ihrer Mehrzahl unseren Bestrebungen feindlich oder doch theilnahmslos gegenüberstanden, haben wir geradezu überraschende Resultate erzielt. Damit ist der erste Schritt auf dem Wege gethan, der diese Massen mit logischer Nothwendigkeit dauernd an unsere Fahne fesselt, sie aus mit uns sympathisirenden Elementen zu überzeugten Sozialdemokraten macht und damit uns den Sieg in naher Zukunft verbürgt.

* * *

Kassen-Bericht.

Alle diese Erfolge wären unmöglich gewesen ohne die unermüdliche Thätigkeit unserer Genossen. Ihr Opfermuth und die finanzielle Leistungsfähigkeit der Partei erhalten ihren ziffernmäßigen Ausdruck in nachstehender tabellarischen Uebersicht.

B

Bericht
über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse
vom 1. Oktober 1891 bis 30. September 1892.

A. Einnahmen.

Im Monat:	Insgesammt		Von den gesammten Einnahmen entfielen auf: Allgemeine Einnahmen		Darlehns-Konto		Zinsen		Ueberschuß des „Vorwärts“		Maifestzeichen		Diverse	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1891														
Oktober . . .	20 302	10	9 367	60	25	—	300	—	10 609	50	—	—	—	—
November . .	12 899	55	12 279	55	—	—	620	—	—	—	—	—	—	—
Dezember . .	11 273	55	8 577	30	25	—	2 671	25	—	—	—	—	—	—
1892														
Januar . . .	28 636	15	19 206	75	25	—	176	10	9 228	30	—	—	—	—
Februar . . .	7 215	90	6 023	45	221	30	971	15	—	—	—	—	—	—
März	4 032	70	3 232	70	575	—	—	—	—	—	75	—	150	—
April	67 645	35	53 259	10	5 025	—	240	—	9 014	25	74	60	32	40
Mai	18 579	25	8 991	85	1 000	—	1 000	—	—	—	7 495	35	92	05
Juni	13 181	30	10 022	75	150	—	—	—	—	—	2 916	60	91	95
Juli	30 974	95	15 677	25	1 700	—	2 307	60	10 645	25	520	—	124	85
August . . .	5 665	80	5 306	35	—	—	—	—	—	—	292	—	67	45
September . .	11 488	95	8 942	55	1 750	—	—	—	—	—	553	05	243	35
	231 895	55	160 887	20	10 496	30	8 286	10	39 497	30	11 926	60 [1]	802	05 [2]

	231 895,55 Mk.
Hierzu Bestand vom 1. Oktober 1891	2 020,— „
	233 915,55 Mk.

B. Ausgaben.

Im Monat	Insgesammt		Von den genannten Ausgaben entfielen auf: Unterstützungen		Prozeß- und Gefängnißkosten		Allgemeine Agitation		Wahl-Agitation		Reichstagskosten		Maifestzeichen		Verwaltungsausgaben		Vermischte Ausgaben		Preß-Unterstützungen		Darlehns-Konto	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1891																						
Oktober .	13855	50	965	—	893	25	2388	80	2960	—	—	—	—	—	1479	20	—	—	5169	25	—	—
November	16027	85	470	50	1130	90	2137	—	1061	—	2000	—	—	—	1699	95	—	—	7528	50	—	—
Dezember	9402	55	355	—	1086	35	1370	80	700	—	1600	—	—	—	962	40	28	—	3300	—	—	—
1892																						
Januar .	19291	40	412	—	655	70	1347	80	300	—	3200	—	—	—	1614	85	3000	[4]	8761	05	—	—
Februar .	14724	40	500	—	1230	—	1454	75	1176	30	3250	—	—	—	913	35	2200	[5]	4000	—	—	—
März . .	20389	85	1057	—	518	40	1031	80	1251	50	3100	—	10780	—	1105	20	—	—	1545	95	—	—
April . .	45487	70	1377	50	1013	90	2535	95	185	70	—	—	—	—	978	05	—	—	9396	60	30000	[8]
Mai . .	7624	60	150	—	165	—	1890	—	200	—	—	—	45	25	943	80	2000	[6]	2230	55	—	—
Juni . .	14561	25	2398	85	750	—	2496	70	300	—	—	—	27	—	882	80	—	—	7705	90	—	—
Juli . .	17777	65	1590	—	537	—	2937	05	400	—	304	50 [2]	—	—	1918	40	50	—	10040	70	—	—
August .	8318	15	1438	75	165	—	2168	20	630	—	—	—	646	80	812	05	—	—	2457	35	—	—
Septbr. .	11201	35	2037	75	641	—	2726	30	816	—	—	—	—	—	1184	80	—	—	3795	50	—	—
	198662	25	12752	35 [1]	8786	50	24485	15	9980	50	13454	50	11499	05	14494	85 [3]	7278	—	65931	35 [7]	30000	—

	198 662,25 Mk.
Dazu Ausgabe für Kapitalsanlage . .	27 700,40 „
Kassenbestand am 30. September 1892	7 552,90 „
	233 915,55 Mk.

C. Ausgaben für die Parteipresse.

im Einzelnen nachgewiesen.

	Mark.		Mark.
Elf.-Lothr.: „Volkszeitung"	11928,50[1]	Bielefeld: „Volkswacht"	2675,—
„Gazeta Robotnicza"	6063,95[2]	Offenburg i. Baden: „Volksfreund" . .	400,—[7]
Frankfurt am Main: „Volksstimme" . .	3500,—	Würzburg: „Volkstribüne"	600,—
Magdeburg: „Volksstimme"	6012,—	Düsseldorf: „Arbeiter-Zeitung"	500,—
Frankf. a. O.: „Märk. Volksstimme" . .	2000,—[3]	Solingen: „Bergisch.-Märk. Volksstimme"	2000,—
Dortmund: „Westfäl. Freie Presse" . .	3150,—[4]	Nürnberg: „Arbeiter-Chronik"	2000,—[8]
Mainz: „Volkszeitg."	5800,—	Zürich: „Achtstundentag"	1000,—[9]
St. Johann: „Saarboten"	2257,30	Offenbach: „Abendblatt"	1500,—
Chemnitz: „Freie Presse"	1000,—[5]	Dessau: „Volksblatt"	1000,—
Charlottenb.-Teltow-Beeskow: „Volksblatt"	6500,—	Rostock: „Mecklenbg. Volkszeitung" . .	1500,—
Brüssel: „Peuple" .	4044,60[6]	München: „Post" .	500,—[10]

Erläuterungen zu A. Einnahmen:

[1]) In wie weit die Parteigenossen der einzelnen Orte und Wahlkreise zu diesem Ergebniß beigetragen haben, zeigt die diesem Berichte folgende Tabelle (s. S. 48—60).

[2]) Die Einnahmen aus den Maifestzeichen haben sich inzwischen noch um ca. 3000 Mark erhöht.

[3]) Darunter für die Kinder von Reimer 653,—; von Peus 113,—; von Kurowsky 19,50; von Fritzsche 16,55 Mark. Für Reimer's Kinder wurden außerdem durch die Genossen von Hamburg-Altona und Umgegend rund 8000 Mark gesammelt.

Erläuterungen zu B. Ausgaben.

[1]) Die Unterstützungen wurden nur an gemaßregelte Genossen und deren Familien gewährt.

[2]) Die Kasse über die Reichstagskosten führt ein Mitglied der Fraktion (Nichtmitglied des Vorstandes), die Endabrechnung fand erst im Juli statt, daher der hier aufgeführte Ausgabeposten.

[3]) Hierher gehören neben den laufenden Gehältern (750 Mark monatlich, exclusive der Kosten für einen Hilfsarbeiter), die Miethe, Heizungs- und Beleuchtungskosten für die Bureauräume, Telephonkosten, Porto und Telegrammgebühren, Druckkosten, die Zeit- und Reise-Entschädigungen für die Revision der Kasse und für die Konferenzen der Parteivertretung, allgemeine Kosten des Parteitages u. s. w.

B

[4]) Unterstützung an die Berliner Buchdrucker.

[5]) Davon 2000 Mk. Unterstützung an die strikenden Hilfsarbeiterinnen der Leipziger Buchdruckereien.

[6]) Kaution für einen in Magdeburg verhaftet gewesenen Genossen.

[7]) Den Nachweis über die den einzelnen Parteiorganen gewährten Unterstützungen siehe unter C. Ausgabe für die Parteipresse.

[8]) 20 000 Mark wurden den strikenden Buchdruckern geliehen.

Erläuterungen zu C. Ausgaben für die Parteipresse.

[1]) Unter den Ausgaben befinden sich 7000 Mk. für Anschaffung einer Druckerei. Der Ankauf derselben war nothwendig, weil der frühere Besitzer bankerott wurde und eine anderweitige Drucklegung unmöglich war.

[2]) Die Zuschüsse für das Blatt sind in Folge eines Uebereinkommens mit polnischen Genossen seit August dieses Jahres um die Hälfte herabgesetzt worden.

[3]) Die Summe wurde als Kaution gegeben, ist auch wieder zurückgezahlt worden.

[4]) Außer der aufgeführten Summe wurde für den Redakteur des Blattes das Gehalt, per Monat 150 Mark, für 11 Monate 1650 Mark als „Agitationsbeitrag" bezahlt.

[5]) Der Betrag ist wieder zurückgezahlt worden.

[6]) Die belgischen Genossen erhielten einen Beitrag von 5000 Frcs. zur Vergrößerung ihres Blattes, um den Kampf für die Eroberung des allgemeinen Stimmrechts wirksamer führen zu können. Der Vorstand glaubte diese Forderung als Beweis für das internationale Solidaritätsgefühl der Partei bewilligen zu müssen.

[7]) Die Summe wurde zur Deckung von Prozeß- und Gefängnißkosten bewilligt.

[8]) Die Partei erhielt früher aus dem Blatt die Ueberschüsse, sie konnte sich deshalb auch der Verpflichtung nicht entziehen, einen Theil des schließlich entstandenen Defizits zu decken. Seitdem sind die Besitzverhältnisse des Blattes geändert worden.

[9]) Der „Achtstundentag" wurde auf Beschluß des leitenden Komitee's des internationalen Arbeiter-Kongresses 1889 zu Paris gegründet; die Deckung des Defizits übernahmen die schweizer und die deutschen Genossen. Das Blatt ging schon vor dem internationalen Arbeiter-Kongreß zu Brüssel wieder ein.

[10]) Das Blatt erhielt neuerdings eine Beihülfe von 10 000 Mk.

* * *

Presse.

Die Parteipresse hat im Laufe des letzten Jahres der Zahl nach eine wesentliche Aenderung nicht erfahren; doch ist — ein Zeichen für das wachsende politische Bedürfniß — die Zahl der Tageblätter abermals gewachsen. Nach der Zusammenstellung für

B

das 4. Quartal erscheinen im Vergleiche zur Zeit des Erfurter und Haller Parteitages

Potitische Blätter:

	1892	1891	1890
Wöchentlich sechsmal	32	27	19
„ dreimal	20	26	25
„ zweimal	6	6	6
„ einmal	12	10	10
Zusammen	70	69	60

Dazu kommt die in Stuttgart erscheinende wissenschaftliche Wochenrevue „Neue Zeit", ferner die zwei alle 14 Tage erscheinenden Witzblätter: „Der wahre Jacob" (Stuttgart) und „Süddeutscher Postillon" (München) und endlich das einer großen Zahl von Parteiblättern als Sonntagsbeilage beigegebene, in Hamburg erscheinende Unterhaltungsblatt „Die Neue Welt" insgesammt also 74.

Die Gewerkschaftspresse steht zwar formell mit der Partei in keinem Zusammenhange; da indeß im Reiche Dank der historischen Entwicklung und der Stärke unserer Partei Arbeiterbewegung und Parteibewegung gleichbedeutende Begriffe geworden sind, so ist, mit vereinzelten Ausnahmen, auch die ganze Gewerkschaftspresse Deutschlands im sozialistischen Geiste gehalten und dient wieder dazu, die Gewerkschaftsbewegung mit dem sozialistischen „Gifte" zu durchtränken.

Im IV. Quartal 1892 erschienen im Vergleich zu 1891 und 1890:

Gewerkschaftsblätter:

	1892	1891	1890
Wöchentlich dreimal	1	1	1
„ zweimal	1	—	—
„ einmal	28	26	17
Monatlich dreimal	3	4	2
„ zweimal	1	—	—
„ einmal	3	4	2
Alle vierzehn Tage	20	20	20
Zusammen	57	55	42

Der wirthschaftliche Rückgang, die daraus resultirenden Lohnkürzungen und die für Tausende von Genossen bedingte Arbeits- und Verdienstlosigkeit haben natürlich auch ihre Rückwirkung auf den finanziellen Stand der Arbeiterpresse ausgeübt. Wie der Kassenbericht ergiebt, sind eine ganze Anzahl von Parteiblättern aus der Parteikasse mit zum Theil beträchtlichen Summen unterstützt worden. Gleichwohl wäre es verfehlt, die Ursache für die nothwendig gewordene Parteihilfe ausschließlich in der jetzigen geschäftlichen Misere zu suchen. Dieselbe hat nur die finanziell ungünstige Situation rascher zur äußeren Erscheinung gebracht. Die Hauptursache liegt wohl darin, daß die seinerzeit in Halle gestellte Resolution, die Parteigenossen sollten

B

„bei Gründung von neuen Parteiblättern möglichst Vorsicht walten lassen und solche Unternehmungen unter keinen Umständen gründen, bevor sie nicht genau erwogen und sich überzeugt haben, daß die Möglichkeit für die Existenz aus eigenen Mitteln gegeben, und daß vor Allem auch die nothwendigen geistigen, technischen und administrativen Kräfte zur Leitung eines Blattes vorhanden sind"

seitens der Genossen nicht in genügendem Maße beherzigt worden ist. Die technischen und finanziellen Schwierigkeiten, welche nicht blos die Gründung, sondern mehr noch die Forterhaltung einer Zeitung ergeben, werden seitens der Genossen nicht selten in übergroßem Optimismus unterschätzt. Es ist etwas Anderes, in einer Volksversammlung die Menge zu einem Beschlusse zu enthusiasmiren, und etwas Anderes, einen solchen Beschluß durchzuführen. Wie man mit Resolutionen keine Regierung stürzt, so kann man mit Resolutionen auch kein Geschäft gründen. Nur zu oft wird auch übersehen, daß eine Zeitungsgründung genau so gut ein Geschäftsunternehmen ist wie beispielsweise die Gründung einer Maschinenfabrik, und genau so gut technische Kenntnisse und geschäftliche Erfahrung voraussetzt wie jene. Man kann ein guter Versammlungsredner, und trotzdem für eine Redaktion ungeeignet sein, und der bravste und ehrlichste Genosse ist nicht immer ein tüchtiger Verwaltungsbeamter, auch wenn er in seinem Fache als Schlosser, Tischler, Schuster oder Schneider ein sehr geschickter und intelligenter Arbeiter ist. Das Zeitungswesen ist ein Geschäft, das ebenso gelernt sein muß wie jedes andere. Dazu kommt, daß unsere Presse mit tausenderlei von besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, deren jedes bürgerliche Blatt überhoben ist, und daß umgekehrt eine Reihe von Einnahmequellen (z. B. Inserate, Reklamen u. s. w.) einem sozialdemokratischen Blatte verschlossen bleiben, die der gegnerischen Presse die Existenz ermöglichen oder doch erleichtern.

Auch darf nicht übersehen werden, daß ein mit ungenügenden finanziellen oder geistigen Mitteln ins Leben gerufenes Preßunternehmen weder der Partei im Allgemeinen noch der Parteientwicklung in fraglicher Stadt oder Provinz förderlich ist. Im Gegentheil; ein sich finanziell nicht deckendes Parteiblatt muthet den Genossen fort und fort Opfer zu, lähmt daher mit der Zeit Begeisterung, Opfermuth und Siegeszuversicht. Man braucht nur einen Blick zu werfen auf die nach einzelnen Städten geordnete Uebersicht der Partei-Einnahme, die als besondere Anlage unserem Berichte beigedruckt ist, und man wird finden, daß ganze Provinzen, die früher in dieser Hinsicht an erster Stelle figurirten, nicht in der Lage waren, der Parteikasse nennenswerthe Beiträge abzuliefern, weil einfach das Parteiorgan alle von den Genossen aufgebrachten Mittel verschlungen hat.

B

So stolz die Partei im Allgemeinen auf ihre Presse sein darf, so hoch ihr geistiges Niveau über dem der kleinen gegnerischen Presse erhaben ist, es wäre doch Selbsttäuschung, wollten wir nicht eingestehen, daß diese schwierige finanzielle Lage die Blätter vielfach verhindert hat, die ihnen gestellte Aufgabe in vollem Maße zu erfüllen. Denn — wir dürfen das mit Genugthuung aussprechen — trotz der zwölf Jahre Sozialistengesetz hat sich der geistige Horizont unserer Partei wesentlich erweitert. Auf der anderen Seite sind aber auch unsere Gegner in den letzten Jahren in immer steigendem Maße gezwungen worden, sich mit der sozialen Frage und unserer Bewegung eingehender zu beschäftigen, und es wäre Thorheit, wenn wir es uns verhehlen wollten, daß auch ihre publizistischen Vertreter gegen früher viel gelernt haben. Daraus ergibt sich, daß die Anforderungen, die unsere Partei an Wissen und Können ihrer Redakteure stellen muß, wesentlich höher als früher sein müssen.

Ist also die Parteipresse an sich schon als Propaganda- und Agitationsmittel von höchster Wichtigkeit, so wird ihre Bedeutung noch dadurch erhöht, daß sie mit ihrem Stab von Redakteuren und Expedienten, die fast ausnahmslos als Redner agitatorisch thätig sind, thatsächlich das Rückgrat unserer gesammten Agitationsthätigkeit bildet. Die Frage der Erhaltung der Presse ist also gleichzeitig die Frage der Agitation überhaupt. Und unter diesem Gesichtspunkt war die Stellung des Parteivorstandes gegenüber den Anträgen auf finanzielle Beihilfe in allen den Fällen gegeben, wo nicht Gründe gewichtiger Art die Existenzmöglichkeit des betreffenden Blattes überhaupt in Frage stellten. So groß nun auch die für die Parteipresse verausgabte Gesammtsumme erscheint, in vielen Fällen war sie nur eine andere Form des von der Partei für die Agitation zu leistenden Beitrages, der auch von den einzelnen Orten bereits wieder theilweise oder völlig an die Parteikasse zurückgeführt worden ist. Hoffentlich dienen aber alle diese Erfahrungen dazu, daß die Genossen bei Neugründung oder Erweiterung von Parteiblättern des Haller Parteitagbeschlusses mehr als bisher eingedenk sind, denn auf die Dauer wäre die Parteikasse nicht in der Lage, solchen sich immer steigernden Ansprüchen zu entsprechen. Es wäre auch ein schlimmes Zeichen für unsere Bewegung, wenn unsere Parteipresse nicht aus eigenen Kräften existenzfähig wäre.

Bei dem stetigen Wachsthum unserer Partei, bei den sich immer steigernden Ansprüchen, die in Bezug auf Agitation 2c. an die Parteileitung gestellt werden, darf die Parteipresse sogar sich nicht damit begnügen, eine Waffe im Tageskampfe, ein Propagandamittel für unsere Ideen zu sein, nein, sie muß darnach streben, eine der Lebensquellen der Partei zu werden, wie es neben einzelnen Parteiblättern auch unser **Zentralorgan „Vorwärts“** heute schon thatsächlich ist,

was aus nachstehender Abrechnung für die Zeit vom 1. Juli 1891 bis 30. Juni 1892 sich ergiebt:

	Juli-Septbr. 1891		Oktbr.-Dezbr. 1891		Jan.-März 1892		April-Juni 1892	
A. Eingänge:								
Zeitungs-Abonnementsgelder durch die Expedition	72781	40	74617	35	74814	75	73883	95
Zeitungs-Abonnementsgelder durch die Post	6354	85	6984	05	6978	05	7072	—
Inseraten-Einnahme	13288	70	16568	25	15625	75	19551	10
Gewinn aus dem Broschürenverkauf durch die Expedition	—	—	515	85	—	—	—	—
Gesammt-Einnahme	92424	95	98685	50	97418	55	100507	05
B. Ausgänge:								
Diverse Unkosten: (Porto für Kreuzbänder, Gebühren für Ueberweisungen, Porto u. Depeschen der Redaktion, Telephon, Steuern, Beleuchtung, Heizung, Comtoir-Utensilien, Laufbursche der Redaktion 2c. 2c.)	1964	30	4098	30	2781	30	2309	45
Zeitungs-Abonnements	247	95	240	90	267	10	280	40
Reporter	3236	55	3334	15	2569	45	2290	50
Feuilleton	125	—	147	90	312	90	831	70
Redakteure u. Mitarbeiter	9344	20	6178	05	7705	20	10838	15
Depeschen und Parlamentsberichte	405	—	755	—	895	—	815	—
Redaktion d. Sonntagsblattes	568	40	552	30	—	—	—	—
Neue Welt	—	—	—	—	5311	50	5313	10
Gehälter der Expedition	1523	50	1738	—	1742	—	1803	—
Miethe	933	10	933	10	933	10	933	10
Gerichtskosten u. Strafen	223	40	222	10	132	60	1547	40
Bibliothek	—	—	—	—	—	—	397	80
Druckrechnung	63244	05	71257	40	65754	15	62502	20
Gesammt-Ausgabe Mk.	81815	45	89457	20	88404	30	89861	80
Gewinn	10609	50	9228	30	9014	25	10645	25
wie oben Mk.	92424	95	98685	50	97418	55	100507	05

Der Gewinn für diese Geschäftszeit beträgt **Mk. 39 497,30.** Der für das Vierteljahr Juli-September 1892 erzielte Gewinn von Mk. 10 812,30 ist im Oktober dieses Jahres vereinnahmt

worden und kommt daher erst im nächsten Jahre zur Abrechnung. — Die Auflage des Blattes beträgt ca. 37 000.

Laut Beschluß des Erfurter Parteitages ist für den lokalen Theil der Zeitung eine Preßkommission gewählt worden, die in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande und unter Hinzuziehung eines Theils des Redaktions- und Expeditionspersonals am ersten Dienstag eines jeden Monats ihre Sitzungen abgehalten hat. In denselben wurden die eingegangenen Beschwerden und Wünsche eingehend berathen und zur Erledigung gebracht.

Diesem Geschäftsberichte haben wir nichts beizufügen, als den Wunsch, daß die Parteigenossen für die fernere Verbreitung unseres Zentralorgans mit allen Kräften weiter agitiren mögen, damit die Partei im nächsten Jahre noch bessere Resultate als bisher entgegenzunehmen hat.

* * *

Parteibuchhandlung.

Neben der Tagespresse ist es in erster Linie unsere Broschürenliteratur, deren unsere Partei sich bedient, ihre Grundsätze und Ideen in immer weiteren Kreisen des arbeitenden Volkes zu verbreiten. In welchem Maße die nach dem Parteitag in Halle ins Leben gerufene Parteibuchhandlung in Berlin ihrer Aufgabe entsprochen hat, mag ihr letzter Geschäftsbericht zeigen, der über die Zeit vom 1. Juli 1891 bis 30. Juni 1892 sich erstreckt:

„Die Parteibuchhandlung des „Vorwärts" ist in steter Entwicklung begriffen. Von einer ganzen Reihe älterer Schriften unserer Literatur — wir nennen hier nur Bracke: „Nieder mit den Sozialdemokraten", Liebknecht: „Hochverrath und Revolution", Bebel: „Christenthum und Sozialismus", Dietzgen: „Religion der Sozialdemokratie", Engels: „Entwicklung des Sozialismus" — konnten Neuauflagen veranstaltet werden. Ebenso wurde die im Vorjahre begonnene Herausgabe billiger und handlicher Gesetzes-Ausgaben mit Erfolg fortgesetzt, und zwar erschienen neu das „Krankenversicherungsgesetz" und das „Vereins- und Versammlungsrecht in Deutschland" in neuester Fassung, während die „Gewerbeordnung" wieder aufgelegt wurde. — Ein besonderes Augenmerk wurde auf die Herausgabe billiger und leicht verständlicher Agitationsbroschüren gerichtet. So wurde das neue Programm, das sich die Partei in Erfurt gegeben, in fast einer halben Million, die Erläuterungsbroschüre zu demselben in 120 000 Exemplaren versandt. Die Broschüren mit den Reden Stumm's gegen unsere Partei im Reichstage fanden in 30 000 Abzügen Verbreitung. In derselben Auflagenhöhe konnte das Erfurter Protokoll hergestellt werden. Von besonderem agitatorischen Werthe muß die Verbreitung der diesjährigen Maifestzeitung betrachtet werden. Aus allen Theilen des Reiches liefen

Bestellungen darauf ein, aus Orten, von denen man bisher noch nie gehört hatte, daß auch dort der sozialistische Geist eingedrungen sei. Die Auflage war eine halbe Million. — Die Fortführung der Lassalle-Ausgabe ist soweit fortgeschritten, daß der zweite Band derselben seinem Abschluß entgegen geht. — Als werthvolles Hilfsmittel zur Agitation, das für diejenigen Genossen, die als Redner, Redakteure u. s. w. direkt agitatorisch thätig, geradezu unentbehrlich ist, wurde das „Sozialpolitische Handbuch" von Dr. H. Lux herausgegeben. Ferner hat die Buchhandlung einen neuen Katalog erscheinen lassen, der durch seine den einzelnen Titeln beigegebenen Kritiken und Inhaltsangaben den Genossen ein Wegweiser in unserer Parteiliteratur sein soll. Die früher von den Berliner Parteigenossen herausgegebene und von Max Schippel geleitete „Berliner Arbeiterbibliothek" wurde von denselben der Gesammtpartei übergeben, und wird jetzt unter gleicher Redaktion im Verlage der Parteibuchhandlung fortgesetzt.

Ueber den finanziellen Stand des Geschäftes geben wir folgende Mittheilungen. Der Waarenumsatz betrug im letzten Jahre rund 120 000 Mark, im Vorjahre nur gegen 66 000 Mark. Der Lagerbestand repräsentirt einen Nettowerth von 30 000 Mark, gegen im Vorjahre 13 000 Mark, und stellt derselbe zusammen mit den Außenständen im Betrage von 13 000 Mark die Aktiven des Geschäfts mit 43 000 Mark dar. Nach Abzug der 12 000 Mark betragenden Passiva verbleibt ein Geschäftsvermögen von 31 000 Mark. Und dieses Resultat wurde erreicht, ohne daß zur Gründung der Parteibuchhandlung aus der Parteikasse eine Baar-Einlage erfolgt ist. Es ist daher nur noch eine Frage kurzer Zeit, bis die Parteibuchhandlung in den Stand gesetzt ist, der Partei behufs Agitationszwecken direkt Ueberschüsse zur Verfügung zu stellen.

Für Agitationszwecke wurden gegen 40 000 Exemplare der verschiedensten Broschüren gratis versandt: wir nennen hier das Parteiprogramm, die Erläuterungsbroschüre zu demselben, Liebknecht: „Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen", Bracke: „Nieder mit den Sozialdemokraten!", „Freiherr von Stumm und die Sozialdemokratie", Bebel's Rede im Reichstage über die Soldatenmißhandlungen, „Zur Landagitation" u. s. w.

* * *

Die Partei kann also auf das abgelaufene Jahr mit Genugthuung zurückblicken. Aber jeder Erfolg für die Partei mußte von den Genossen unter schweren Opfern und Verfolgungen erkämpft werden. Aeußerlich und formell mit allen übrigen Parteien auf gleichem Rechtsboden stehend, wird diese theoretische Gleichheit vor dem Gesetze und diese „Freiheit der Bewegung" am besten illustrirt durch die ziffernmäßige Zusammenstellung der allmonatlich von uns

veröffentlichten Straflisten: „Unterm neuen Kurs". Schlagender kann dieses von servilen Höflingen erfundene Schlagwort nicht widerlegt werden, als es in der untenstehenden tabellarischen Zusammenstellung geschieht. Und dabei ist dieselbe noch keineswegs vollständig, enthält aber nur Urtheile in Prozessen, die aus Anlaß der politischen oder gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung eingeleitet wurden. Nicht daß wir darüber wehklagten oder uns entrüsteten! Nichts liegt uns ferner. Wissen wir zwar auch, daß die Gesetze gegen uns schärfer gehandhabt werden als gegen die andern, die sog. staatserhaltenden Parteien, und wollen wir auch zugeben, daß manche Prozesse vermieden werden könnten, wenn unsere Genossen größere Vorsicht obwalten ließen, so wissen wir doch auch, daß eine ganze Reihe von Anklagen und Verurtheilungen nothwendig sich ergeben aus unserer Agitationspflicht, aus der Bloslegung von öffentlichen Schäden, dem Kampfe gegen Uebergriffe von Beamten, gegen die Willkür der Unternehmer, kurz der Vertheidigung der in politischer wie sozialer Hinsicht unterdrückten Arbeiterklasse.

In den seit dem letzten Parteitage in Erfurt verflossenen zwölf Monaten wurden verhängt:

Monat	Strafen in						
	Gefängniß			Zuchthaus		Geldbuße	
	Jahre	Monate	Tage	Jahr	Monate	Mark	Pf.
Oktober	5	6	26			2541	10
November . . .	4	6	14			1221	—
Dezember . . .	4	8	15			1793	—
Januar	11	6	15			1922	—
Februar	5	—	14			1216	—
März	6	8	21			1023	—
April	5	7	23	11	6	2054	—
Mai	8	10	17			1834	—
Juni	5	5	20			2815	—
Juli	7	5	26	23	10	1290	—
August	3	8	17			764	—
September . . .	10	10	28	1	6	2059	—
Zusammen	**80**	**2**	**26**	**36**	**10**	20 532	10

Insgesammt also **117 Jahre 26 Tage Freiheits-Entziehung und 20 532 Mk. 10 Pfg. Geldstrafe!**

Das erste Jahr unterm „neuen Kurs" hatte es nur auf 89 Jahre 2 Monate, 13 Tage Gefängniß und 18 302 Mk. 30 Pfg. Geldstrafe gebracht und auch unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes betrug die höchste Jahresdurchschnittsziffer kaum 100 Jahre Gefängniß.

B

Und mit welchem Erfolge?

Weit entfernt, abschreckend zu wirken, haben die drakonischen Urtheile, wie beispielsweise im Falle Peus, die öffentliche Meinung viel tiefer aufgeregt und das öffentliche Gewissen mehr geweckt, als es die „aufreizendsten" Zeitungsartikel und Versammlungsreden vermocht hätten. Und die Verschiedenartigkeit der Behandlung, die man dem unter der völlig haltlosen Anklage des Hochverraths in Untersuchungshaft genommenen Sozialdemokraten Peus angedeihen ließ, gegenüber der rücksichtsvollen Behandlung, die den verbrecherischen Börsenmardern zu Theil ward, öffnet auch dem Indifferentesten die Augen über die tiefe Klassenscheidung, die unsere ganze Gesellschaft durchklüftet. Hier der bankerotte Börsenfürst, der einen im Untersuchungsgefängniß ungewöhnlichen Comfort genießt, dort der bürgerlich makellose Sozialdemokrat, dessen junges Weib in Angst und Schmerzen gebären und im Wochenbett sterben muß, ohne den Gatten, den Vater ihrer Kinder vor dem Tode auch nur einen Augenblick noch gesehen zu haben! Hier der kapitalistische Großgauner, der per Droschke nach Plötzensee kutschirt, dort der gefangene sozialdemokratische Zeitungsredakteur, der gefesselt vor Gericht geführt wird, um wegen groben Unfugs zu 15 oder 30 Mk. Geldbuße verurtheilt zu werden!

So schwer die Strafen auch den Einzelnen treffen, so viel Familienglück im einzelnen Falle vernichtet wird — die Bewegung wird auch nicht um eines Haares Breite von ihrem Ziele abgedrängt, der Kampfesmuth der Genossen, die Siegeszuversicht der Massen nicht um ein Atom geschwächt. Wo durch die Verfolgungen Einer der Unseren kampfunfähig gemacht wird, sofort treten Andere an dessen Stelle, und die Wunden des Kampfes werden durch die Solidarität der Gesammtpartei nach Kräften gestillt. Wer in unserer Partei öffentlich thätig ist, weiß, daß mit dem Wachsthum der Partei auch die Verfolgungen wachsen und daß er zu Kampf und Opfern bereit sein muß.

Dieser Opfermuth und diese Begeisterung unserer Genossen haben bisher die Partei über ihre Feinde und Verfolger obsiegen lassen, und sie werden auch künftig die Partei zu weiteren Triumphen führen, bis ihr letztes Ziel erreicht ist.

Berlin, im Oktober 1892.

Der Partei-Vorstand.

B

Tabellarische Uebersicht

der

seit dem Erfurter Parteitage eingegangenen Partei-Beiträge

1. Oktober 1891 bis 30. September 1892.

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Summa
Aachen	—	—	—	—	—	—	—	50,—	—	—	—	—	50,—
Achim	—	—	—	13,25	—	—	—	—	—	—	—	—	13,25
Aken	—	—	9,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9,—
Alfeld	—	—	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	10,—
Alt-Blessin	—	—	—	—	—	—	—	—	15,	—	—	—	15,—
Altenbach b. Wurzen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,90	4,90
Altona	—	1000,—	5,	—	—	—	—	30,—	500,—	63,65	—	—	1598,65
Altwasser	—	—	—	—	—	50,—	—	—	—	—	20,—	—	70,—
Annaberg	—	—	—	—	8,65	—	—	—	—,50	—	—	—	9,15
Annen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8,15	—	8,15
Apenrade	—	—	—	—	—	—	—	1,60	—	—	—	—	1,60
Apolda	—	—	6,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,—
Arnstadt i. Th.	23,30	—	—	10,—	6,—	—	—	20,—	—	—	3,20	—	62,50
Aschersleben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—	20,—
Aue i. Erzgebirge	1,70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,70
Bamberg	—	32,—	—	—	20,—	—	—	—	—	—	—	—	52,—
Bant b. Wilhelmsh.	—	—	—	—	—	—	—	—	100,—	—	—	300,—	400,—

Barmbeck-Hamburg	71,—	49,60	29,40	21,80	5,70	54,65	—	—	—	—	—	—	223,15
Barmen-Elberfeld	—	60,—	—	—	100,—	0,70	—	—	150,—	—	—	—	310,70
Bautzen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—	—	50,—
Bellerhausen	—	—	—	—	—	2,30	—	—	—	—	—	—	2,30
Berlin I. Wahlkreis	100,—	150,—	150,—	200,—	100,—	100,—	—	—	150,—	120,—	—	100,—	1170,—
„ II. „	438,60	259,80	189,30	230,65	253,25	—	400,—	200,—	150,—	100,—	500,—	193,35	2914,95
„ III. „	200,—	200,—	511,55	222,55	150,—	200,—	—	300,—	150,	—	400,—	250,—	2584,10
„ IV. „	—	925,30	513,50	561,30	722,50	—	245,10	1589,70	390,—	225,—	1097,20	328,75	6598,35
„ V. „	300,—	470,—	200,—	—	—	100,—	—	—	100,—	—	—	150,—	1320,—
„ VI. „	545,70	221,35	1227,50	300,85	639,80	337,05	241,15	744,25	512,60	967,80	500,95	485,85	6724,85
Diverse Beiträge Berlins	712,60	504,70	562 50	661,25	360,80	615,50	437,65	469,05	487,65	714,50	779,85	541,85	6872,90
Bernburg	—	—	—	—	12,—	—	—	—	—	—	—	—	12,—
Belitz	—	—	—	8,—	—	—	—	—	—	—	—	—	8,—
Besigheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—	50,—
Bessungen	—	—	10,—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	20,—
Bielefeld	—	—	—	—	—	—	50,—	—	—	—	—	—	50,—
Birsdorf	—	—	—	—	—	—	16,—	—	—	—	—	—	16,—
Bochum, Kreis	—	—	—	183,25	—	—	—	—	—	—	—	57,20	240,45
Bockenheim	200,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,—
Boitzenburg	16,80	—	—	17,30	—	—	—	—	—	—	—	—	34,10
Bonn a. Rh.	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Borgfelde b. Hambg.	20,—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—	—	—	40,—
Brandenburg a. H.	—	—	—	—	—	—	—	—	100,—	—	—	—	100,—
Braunschweig	—	—	300,—	—	300,—	—	400,—	—	300,—	—	—	—	1300,—
Bremen-Hastedt	—	—	500,—	100,—	—	—	5,—	—	—	600,—	100,—	2,—	1307,—
Bremerhafen	—	—	—	—	—	—	—	100,—	—	—	1,50	—	101,50
Breslau	11,90	24,40	1,—	14,50	9,20	116,50	100,—	102,—	—	—	—	—	379,50
Brettnig	—	—	—	—	3,05	—	—	—	—	—	—	—	3,05
Bruch i. W.	—	—	—	—	—	—	—	—	12,25	—	—	—	12,25

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Summa
Buckau b. M.	10,—	—	96,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	106,—
Bürgel i. Th.	—	—	—	—	—	5,—	—	—	—	—	—	—	5,—
Bühl Ob.-Elf.	—	—	—	—	—	70,—	—	—	—	—	—	—	70,—
Bunzlau	5,—	20,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,—
Burgstädt	—	—	—	—	—	—	—	50,—	—	—	—	—	50,—
Burgsteinfurt i. W.	—	—	—	—	—	—	—	—	15,—	—	—	—	15,—
Calbe	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	7,85	—	—	17,85
Cassel	—	—	—	—	—	—	—	—	300,—	—	—	—	300,—
Celle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,85	6,85
Charlottenbrunn	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,—	—	—	15,—
Charlottenburg	—	—	—	5,—	—	—	—	—	—	3,—	—	—	8,—
Chemnitz	14,50	—	12,—	30,—	—	—	—	—	—	—	—	6,30	62,80
Coburg	6,40	—	—	9,—	—	—	—	—	—	7,—	—	—	22,40
Conradsthal i. Schl.	—	—	—	—	—	—	—	1,—	2,—	—	2,55	—	5,55
Coethen	—	—	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	10,—
Cottbus	62,—	—	—	—	59,30	—	—	—	—	—	60,—	—	181,30
Crefeld	—	—	—	—	5,—	10,—	—	—	—	10,—	—	—	25,—
Cunersdorf i. Schl.	—	—	—	—	—	—	—	—	5,—	—	—	—	5,—
Dobringhausen	—	—	—	20,—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—
Dahme	—	—	—	—	—	—	—	2,75	—	—	—	—	2,75
Danzig	—	10,—	—	7,05	—	—	—	—	—	—	—	—	17,05
Darmstadt	—	—	—	—	5,—	—	—	—	—	—	100,—	—	105,—
Delitzsch	—	—	—	—	—	—	—	30,—	—	—	—	—	30,—
Döbeln, Wahlkr.	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—	—	—	—	20,—

Döbeln, Stadt	5,—	—	—	—	45,—	—	—	25,—	10,—	—	—	10,—	95,—
Dömitz	5,50	—	3,50	—	5,—	—	—	—	5,—	—	—	—	19,—
Domziegelhof i. Schl.	—	—	—	—	—	—	—	—	1,—	—	—	1,50	2,50
Dortmund	11,—	—	—	—	5,—	—	—	6,25	—	—	6,20	—	28,45
Dresden	—	—	—	—	—	45,—	—	19,75	—	30,—	6,—	50,—	150,75
Düsseldorf	—	—	—	20,—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—
Durlach i. B.	1,10	8,—	—	30,—	—	—	—	—	—	—	—	—	39,10
Eberswalde	—	—	—	—	15,25	—	—	—	—	—	—	—	15,25
Ehrenfeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,—	1,—
Eibenstock i. E.	—	—	—	—	—	—	—	6,20	—	—	—	—	6,20
Eimbeck	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Eimsbüttel-Hambg.	—	8,20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8,20
Eisdorf u. Umg.	—	7,25	—	—	—	—	—	—	—	6,20	—	—	13,45
Elberfeld	—	400,—	—	—	400,—	—	—	500,—	—	—	—	25,—	1325,—
Ellerbeck u. Wellingdorf	20,—	—	—	—	18,15	—	—	—	—	—	—	—	38,15
Elmshorn	50,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—
Erfurt	5,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,—
Eckerath	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,—	—	5,—
Ettlingen i. B.	—	—	—	—	—	11,50	—	—	—	—	—	—	11,50
Eupen	20,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—
Falkenberg i. Schl.	—	—	—	—	—	—	—	5,—	—	—	—	—	5,—
Finsterwalde	—	—	—	18,—	—	—	—	—	—	—	—	—	18,—
Flensburg	—	10,—	19,—	10,—	10,—	20,—	—	15,—	—	15,—	25,—	15,—	139,—
Föhrenbach i. B.	—	8,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8,—
Forst i. L.	—	150,—	—	—	150,—	—	—	—	158,—	—	100,—	—	558,—
Frankenhausen	—	—	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	10,—
Frankfurt a. M.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—	—	20,—
Freiberg i. S.	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Freiburg i. B.	3,50	—	60,—	—	—	30,—	20,—	—	—	—	—	—	113,50

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septembr.	Summa
Freistadt	—	1,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,50
Fürstenwalde	20,—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	20,—	—	50,—
Fürth i. B.	—	5,30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,30
Furtwangen i. B.	—	—	—	—	—	—	—	5,—	—	—	—	—	5,—
Gadderbaum	—	25,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,—
Gebweiler i. Elsaß	—	—	—	3,50	—	—	—	8,95	5,70	—	—	—	18,15
Geestemünde	—	—	—	—	—	—	—	—	2,—	17,—	—	—	19,—
Genf	100,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,—
Gera	—	—	50,—	50,—	50,—	50,—	50,—	50,—	50,—	—	—	—	350,—
Glatz	—	—	—	—	—	—	9,50	—	—	—	—	—	9,50
Glauchau-Merane	—	—	3,25	100,—	—	—	—	20,—	—	—	—	—	123,25
Görlitz	50,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,70	75,70
Göttingen	—	16,75	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16,75
Gollnow	—	—	—	4,30	—	—	—	—	—	—	—	—	4,30
Gotha	—	50,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—
Gottesberg i. Schl.	—	—	—	—	—	—	—	3,50	—	—	—	—	3,50
Grabow a. Oder	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	10,—
Gräfrath b. Solingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—	50,—
Greiz	—	—	—	—	—	100,—	—	—	—	—	—	100,—	200,—
Groitzsch i. Sachs.	—	—	—	—	—	—	—	15,—	—	—	—	—	15,—
Großenhain	—	—	—	—	—	—	—	2,50	—	30,—	—	—	32,50
Grünberg i. Schl.	—	—	—	—	—	—	—	—	7,—	8,60	—	—	15,60
Güstrow i. Mekl.	50,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—
Haan	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—

Hagen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	90,—	—	—	90,—
Hainichen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—	—	10,—
Halberstadt, Kreis	—	—	—	350,—	—	—	—	—	25,—	—	—	—	375,—
Halle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,—	—	50,—	150,—
Hamburg I.	5000,—	—	—	4000,—	—	—	—	—	—	—	—	—	9000,—
„ II.	—	—	1800,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1800,—
„ III.	—	4500,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4500,—
Diverse Beiträge Hamburgs	37,25	90,—	—	8030,—	205,—	13,60	10,—	170,—	30,—	352,—	660,—	188,85	9786,70
Hamm	—	15,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,—
Hanau	—	—	—	—	—	—	—	100,—	—	100,—	—	—	200,—
Hannover, Stadt	—	500 —	—	—	—	300,—	—	510,—	510,—	500,—	500,—	10,—	2830,—
Harburg-17. Hann.-Wahlkreis	—	—	300,—	—	—	—	—	—	300,—	10,—	—	20,—	630,—
Heidenheim i. W.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,50	5,50
Heidersbach	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Hildesheim	—	—	—	—	11,30	16,70	—	—	—	—	—	—	28,—
Hinternah b. Schleus.	—	—	—	—	—	5,—	—	—	—	—	—	—	5,—
Hoerde	—	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	3,—	—	13,—
Hof in B.	5,—	—	—	5,—	—	—	5,—	—	—	4,—	—	—	19,—
Hohenstein	—	—	—	—	—	—	—	20,—	—	—	—	—	20,—
Holthausen b. Castrp.	—	—	6,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,—
Ilmenau	—	—	—	16,—	—	—	—	10,—	—	—	—	10,—	36,—
Jüterbogk	—	3,20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,20
Kaiserslautern	—	—	—	—	2,—	—	—	—	—	—	—	—	2,—
Kaiserstuhl	3,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,50
Karlsruhe	—	1,—	38,—	—	—	36,—	—	—	—	10,—	5,50	—	90,50
Kaufbeuren	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,55	—	—	2,55
Kellinghusen	20,—	—	20,—	—	40,—	—	—	—	—	27,—	—	—	107,—
Kirchberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,—	—	6,—

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Summa
Kiel	100,—	—	—	100,—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,—
Koblenz	—	—	—	—	25,—	—	10,—	—	15,—	—	—	—	50,—
Köln	—	—	500,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	500,—
Köpenick	19,50	7,80	—	3,—	—	—	—	—	—	—	1,50	—	31,80
Krempe i. Holst.	—	—	30,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,—
Krimmitschau	—	—	—	—	—	—	—	151,25	—	—	55,31	—	206,56
Lahr in Baden	—	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	5,—	—	15,—
Lambrecht, Pfalz	5,—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,—
Langefeld	15,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,—
Langenberg b. Elberf.	20,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—
Leipz.-Neuschönefeld	—	—	30,—	—	—	350,—	25,—	—	—	—	—	2,15	407,15
Lengede	—	—	—	—	—	4,20	—	—	—	—	—	—	4,20
Lennep	—	—	—	—	—	—	—	6,—	—	—	—	—	6,—
Liebenthal	—	—	—	9,15	—	—	—	—	6,30	—	—	—	15,45
Liegnitz i. Schles.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—	—	—	50,—
Limbach	—	—	—	—	—	—	—	111,—	—	—	—	—	111,—
Limmer b. Hannover	3,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,50
Lindenau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,—	—	5,—
Lippe-Detmold	—	—	—	—	—	1,—	—	—	—	—	—	—	1,—
Löderburg-Staßfurt	200,—	—	5,—	15,—	—	—	—	—	—	—	—	—	220,—
Lößnitz	—	6,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,50
Lommatzsch	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Loschwitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,05	3,05
Luckenwalde	4,15	12,70	—	3,15	7,45	—	—	—	3,05	—	—	5,10	35,60

Lübeck	—	312,30	18,—	1,60	—	—	—	—	300,—	—	—	—	631,90
Lüdenscheid	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7,46	—	7,46
Lüneburg	—	50,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—
Ludwigshafen	—	—	—	—	100,—	—	—	—	—	—	—	—	100,—
Lunzenau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,—	—	—	3,—
Luxemburg	170,—	100,—	150,—	—	—	—	—	—	—	100,—	—	—	520,—
Mainz	—	—	—	—	15,—	—	—	—	—	—	—	—	15,—
Mannheim	50,—	25,—	—	75,—	—	50,—	—	25,—	—	25,—	25,—	25,—	300,—
Mansfeld	—	—	—	—	—	—	3,—	—	—	—	—	—	3,—
Marktzeuln	—	—	6,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,—
Mehlis	2,30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,30
Meißen	—	—	—	—	18,25	50,—	—	—	30,20	—	—	27,—	125,45
Memmingen	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Merseburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—	—	1,50	21,50
Metz	—	60,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	60,—
Mittweida	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—	—	—	—	50,—
Moringen	—	—	3,05	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,05
Mühlbg.-Karlsruhe	—	3,20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,20
Mühlhausen i. E.	60,—	6,—	—	15,70	—	15,—	5,—	5,—	—	4,80	8,97	—	120,47
Mühlhausen i. Thür.	—	—	—	5,—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	15,—
Mühlheim a. Rh.	—	—	—	—	—	2,55	—	—	—	—	—	—	2,55
München-Au	—	—	90,—	—	—	2,—	—	—	—	100,—	—	100,—	292,—
Münden i. H.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,—	—	25,—
Muskau	—	—	—	—	—	18,10	—	15,—	—	—	—	—	33,10
Mylau	—	—	—	—	—	—	—	25,—	—	—	—	—	25,—
Nassauisch. 1. Wahlkr.	—	5,—	300,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	305,—
Nauen	—	—	—	3,25	—	—	—	—	17,50	—	—	—	20,75
Neu-Isenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,—	—	—	15,—
Neumünster i. H.	—	—	—	—	—	—	—	—	300,—	—	—	—	300,—
Neustadt i. Schl.	—	12,65	—	—	—	2,80	—	—	—	—	—	—	15,45

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septembr.	Summa
Netzsch bei Dresden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,80	4,80
Netzschkau	—	—	—	—	—	—	—	100,—	—	—	—	—	100,—
Neviges	—	—	—	—	—	—	—	—	30,—	—	—	—	30,—
Niederrabenstein	—	—	5,05	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,05
Nieder-Schönweide	—	3,—	—	—	—	6,55	3,—	3,—	3,—	3,—	—	—	21,55
Niedersedlitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,—	—	—	2,—
Norderney	—	4,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,50
Nürnberg	—	—	200,—	100,—	—	—	—	600,—	—	—	—	—	900,—
Oberndorf-Ulm	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Oerlinghausen	—	—	—	—	17,—	10,—	—	—	—	—	—	—	27,—
Offenbach a. M.	—	—	25,—	25,—	25,—	25,—	—	25,—	—	—	25,—	25,—	175,—
Ohlau i. Schl.	—	—	—	—	—	15,—	—	—	—	—	—	—	15,—
Ohligs	—	25,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,—
Oschatz i. S.	5,—	—	5,—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—	20,—
Osnabrück	—	—	—	—	—	1,90	—	—	—	—	50,—	—	51,90
Osterode	—	—	—	—	—	—	25,—	—	—	—	—	—	25,—
Ottensen	50,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—
Paris	—	—	—	120,—	—	—	—	—	—	—	—	—	120,—
Penig	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19,—	—	—	19,—
Pforzheim	10,—	—	—	20,—	10,—	10,—	—	10,—	—	10,—	10,—	—	80,—
Pieschen b. Dresden	16,70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16,70
Pinneberg	—	—	—	—	—	—	—	—	4,60	—	—	—	4,60
Pirmasens	—	—	—	—	—	7,70	—	—	—	—	—	—	7,70
Pirna	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—	—	—	50,—

Plagwitz-Leipzig	—	100,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,—
Pößneck	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	10,—
Potsdam	50,—	—	—	—	50,—	—	—	50,—	—	—	50,—	—	200,—
Prenzlau	—	15,—	—	10,—	11,55	—	—	—	—	—	—	—	36,55
Probstheida	—	13,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13,50
Pyrmont	—	—	—	—	—	—	—	—	2,90	—	—	—	2,90
Quedlinburg	—	—	—	—	—	—	—	40,—	—	—	—	—	40,—
Radebeul u. Umgeg.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13,50	—	13,50
Randow-Greifenh.	—	—	—	—	—	—	—	100,—	—	—	—	—	100,—
Rawitsch	—	—	—	—	—	—	—	—	15,—	—	—	—	15,—
Reichenbach i. Schl.	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Reichenbach Vogtl.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—	50,—
Rendsburg	5,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,—
Rettenhausen	—	—	—	—	3,—	2,30	—	—	—	—	—	—	5,30
Rheine i. W.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,—	10,—	15,—
Rheydt	18,30	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28,30
Richrath	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Richzenhain	—	—	20,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—
Riesa	—	—	—	—	—	—	—	—	41,95	5,—	—	—	46,95
Rixdorf bei Berlin	3,—	27,65	—	1,—	—	—	2,15	—	—	51,—	—	—	78,80
Rochlitzer Wald	—	—	—	—	—	1,80	—	—	—	—	—	—	1,80
Rohnau i. Schl.	—	—	—	—	—	8,—	—	—	—	—	—	—	8,—
Ronsdorf	—	—	—	—	—	50,—	31,—	—	—	—	—	—	81,—
Rostock	—	100,—	—	—	—	—	—	100,—	—	—	—	—	200,—
Roßwein	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Sagan	5,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,—
Sangerhausen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11,10	—	11,10
Sattenfeld	—	1,70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,70
Schierstein	5,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,—
Schkeuditz	100,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,—

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Summa
Schönebeck a. E.	—	—	—	—	—	30,—	—	—	—	—	—	—	30,—
Schöneberg b. Berlin	—	300,—	—	20,75	5,—	—	—	9,50	—	150,—	—	—	485,25
Schöningen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,50	—	4,50
Schwabach i. B.	—	—	—	17,—	—	—	—	—	—	—	—	—	17,—
Schwarzenbach a. S.	—	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	10,—
Schwedt a. O.	—	—	4,35	20,—	—	—	—	—	—	—	—	—	24,35
Schwelm	—	—	—	—	—	—	—	—	15,—	—	—	—	15,—
Schwerin	—	5,—	—	—	3,—	—	—	—	—	—	—	—	8,—
Sebnitz	—	—	4,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,—
Solingen	—	—	—	11,10	—	—	—	141,50	—	—	—	—	152,60
Soden	—	16,10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16,10
Sorau i. d. L.	—	—	—	—	—	—	—	—	25,—	—	—	—	25,—
Spandau	40,—	—	—	—	—	40,—	—	—	—	2,50	—	—	82,50
Speyer	—	20,—	—	—	—	—	5,—	—	—	—	—	—	25,—
Spremberg	—	—	—	—	—	50,—	—	—	—	2,80	—	—	52,80
Staaken	—	—	4,—	—	—	—	—	—	—	—	7,—	—	11,—
Stade	—	28,15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28,15
Staßfurt	6,—	—	—	—	—	—	—	15,45	—	—	—	—	21,45
Steglitz	—	—	—	—	20,—	20,—	—	—	—	40,—	—	—	80,—
Stendal	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,—	—	25,—
Stettin	—	—	—	125,—	—	—	—	128,—	—	—	4,—	—	257,—
St. Ludwig	—	—	5,—	4,50	—	8,—	—	6,—	—	—	—	—	23,50
Stolp i. P.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,80	5,80
Stralsund	—	—	—	—	—	—	—	8,20	—	—	—	—	8,20

Straßburg i. E.	—	50,—	—	11,95	—	50,—	—	33,—	—	58,75	—	—	203,70
Striegau i. Schl.	25,—	—	—	25,—	—	—	—	—	—	42,10	—	—	92,10
Strießen	—	—	—	—	—	—	17,—	—	—	—	—	—	17,—
Stuttgart	—	—	—	—	—	—	—	—	100,—	—	100,—	—	200,—
Sudenburg	1,55	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,55
Suhl	—	—	—	14,—	—	—	—	—	—	—	—	—	14,—
Tambach	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Tegel	—	—	—	—	—	—	—	4,—	—	—	—	—	4,—
Tegelort	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—	10,—
Teltow	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Teuchern	—	—	—	—	20,—	—	—	—	—	—	—	—	20,—
Theißen	—	—	—	—	—	—	5,—	—	—	—	—	—	5,—
Thonberg-Leipzig	—	—	10,—	50,—	—	—	—	—	—	—	—	—	60,—
Thurn-Mühlheim	—	—	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	10,—
Torgelow	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Treptow	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,—	—	3,—
Trier	—	—	—	—	—	—	5,—	—	—	—	—	—	5,—
Troisdorf	—	—	—	—	5,—	—	—	—	—	—	—	—	5,—
Uhlenhorst-Hambg	4,80	—	—	—	3,05	—	—	—	—	—	—	—	7,85
Uslar	—	—	—	—	—	—	1,30	—	—	—	—	—	1,30
Vegesack	—	40,55	30,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	70,55
Velten	—	—	—	—	50,—	—	—	—	—	—	—	—	50,—
Vetschau	—	—	2,85	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,85
Volkmarsd.-Leipzig	40,—	40,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	80,—
Wald (Rhld.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—	—	20,—
Waldheim	—	—	—	—	—	—	—	—	25,—	—	—	—	25,—
Wandsbeck	—	—	—	—	314,90	—	—	300,—	—	—	236,10	—	851,10
Warnemünde	—	—	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	10,—
Weida	—	—	—	—	—	—	3,—	—	—	—	—	—	3,—
Weimar	—	—	—	—	—	—	10,05	—	—	—	3,—	4,50	17,55

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	September	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Summe
Weinheim					10,—								10,—
Westerland											20,60		20,60
Wetzlar, Kreis		1,50							25,—				25,—
Wiesbaden								25,—				8,—	1,50
Witten a. d. M.													33,—
Winterhude b. H.					14,—			1,60		6,—			21,60
Wolfenbüttel												3,—	8,—
Wolgast						16,—							16,—
Würzburg		5,—		30,—		8,—							35,—
Wüstenbrand													8,—
Wurzen		10,—									2,15		35,80
Zeltingen													10,—
Zerbst											12,—	2,60	2,60
Zossen				1,85									1,85
Zschiedge b. D.													1,—
Zschopau i. S.		10,—		50,—						100,—			10,—
Zwickau													150,—
Auer & Co.	10609,50			9228,30			45000,—			10000			55000,—
„Vorwärts“							9014,25			10645,25			39497,50
Mannt Mond		1000,—		3000,—	1000,—			2000,—		800,—		750,—	5550,—
Werther							3000,—		3000,—			3000,—	12000,—
Div. Beiträge	87,65		992,30	41,20	100,—	10,—	3150,—	233,65	780,80	366,80	32,47	860,49	5555,96

B

61

Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstags-Fraktion.

Der Reichstag wurde am 17. November 1891 eröffnet und trat einige Tage später in die Berathung des Reichs-Haushalts-Etats für das Etatsjahr 1892/93.

Die sozialdemokratische Fraktion, deren Redner in der Generaldiskussion die politischen und wirthschaftlichen Verhältnisse von unserem prinzipiellen Standpunkt aus scharf und eingehend beleuchtete, hat entsprechend ihrer bisherigen Stellung, auch in der vorigen Session gegen den Etat gestimmt und damit nicht nur den Protest gegen das auf Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse gerichtete Wirthschaftssystem der herrschenden Klassen erneuert, sondern, durch die Verweigerung der geforderten Mittel, zugleich auch dem sogenannten „Neuen Kurs“ gegenüber diejenige Stellung eingenommen, welche durch die von der gegenwärtigen Regierung betriebene, die Arbeiterklasse schwer schädigende Militär- und Wirthschaftspolitik geboten ist.

Der vom Reichstage festgestellte Etat erfordert die Aufbringung von 1 207 583 585 Mark, von denen 990 674 864 Mark als fortdauernde, 72 130 106 Mark als einmalige Ausgaben des ordentlichen Etats und 144 778 595 Mark als einmalige Ausgaben des außerordentlichen Etats im Jahre 1892/93 verausgabt werden.

An fortdauernden Ausgaben erfordert die Verwaltung des Reichsheeres 427 285 158 Mark, die Marineverwaltung 45 298 839 Mark, die Verzinsung der Reichsschuld 60 607 500 Mark, der Militärpensionsfonds 40 086 218 Mark.

Einmalige Ausgaben sind bewilligt:

a) im ordentlichen Etat:

Für die Verwaltung des Reichsheeres 38 416 992 Mark,
„ „ Marineverwaltung . . . . 17 112 700 „

b) im außerordentlichen Etat:

Für die Verwaltung des Reichsheeres 97 432 295 Mark,
„ „ Marineverwaltung . . . . 22 997 800 „

In dem Reichshaushaltsetat pro 1892/93 verschlingt die Erhaltung von Militär und Marine die ungeheure Summe von 648 543 784 Mark, während außerdem noch 41 636 586 Mark für Militär- und Marinepensionäre gebraucht werden.

Der Reichs-Invalidenfonds mit 25 164 554 Mark ist dabei nicht mitgerechnet.

B

Von Reichseinnahmen erwähnen wir folgende Posten:

Die indirekten Steuern, also Getreidezölle, Tabaksteuer, Zuckersteuer, Salzsteuer, Branntweinsteuer, Holz-, Vieh- und Fleischzölle sowie die sonstigen Eingangsabgaben betragen 603 833 960 Mark, die Ueberschüsse der Post- und Telegraphenverwaltung 21 222 938 Mark; aus Anleihen zur Balanzirung des Etats ist außerdem die Summe von 144 778 595 Mark erforderlich.

Diese wenigen Zahlen beweisen, welche enormen Summen dem Moloch des Militarismus alljährlich geopfert werden und beleuchten drastisch das in der bürgerlichen Gesellschaft herrschende Prinzip in Bezug auf die Vertheilung der öffentlichen Lasten.

Das Militär- und Steuersystem unserer Tage zwingt der arbeitenden Bevölkerung den Hauptheil der Gut- und Blutsteuer auf und wälzt sowohl die persönlichen, als auch die materiellen Lasten des Militarismus vorzugsweise auf die Schultern der wirthschaftlich Schwachen; während die Arbeiterklasse fast nur Nachtheile des Militarismus verspürt, kommen einem kleinen Theil der Bevölkerung alle Vortheile desselben zu Gute. Der Tendenz und dem Wesen nach ist der Militarismus eine den Interessen der herrschenden Klassen, dem Dienste des Kapitalismus geweihte Einrichtung, die mit allen Mitteln zu bekämpfen und deren Lebensadern zu unterbinden die Aufgabe der Sozialdemokratie ist. Während der Spezialberathung des Reichshaushalts-Etats haben wir auch dieses Mal eine große Zahl von Mißständen auf den verschiedensten Gebieten der Verwaltung zur öffentlichen Kenntniß und Besprechung gebracht. Vor Allem sind uns die häufigen Soldatenmißhandlungen Veranlassung gewesen, Schutz zu fordern für unsere in der Armee befindlichen Brüder gegen die unmenschliche Behandlung, deren sich Vorgesetzte oft im dienstlichen Verkehr mit ihren Untergebenen schuldig machen.

Durch die Militärgesetze, welche starren, unweigerlichen Gehorsam fordern, und jeden Widerstand, auch wenn derselbe gegen Befehle gerichtet ist, die jedem menschlichen Gefühl widerstreiten, mit schweren Freiheitsstrafen belegen, sind die Soldaten wehrlos jeder Laune oder Chicane von Befehlshabern ausgesetzt und jedem Mißbrauch der den Vorgesetzten verliehenen Gewalt preisgegeben.

An diesem Zustand wird durch das den Soldaten zustehende Beschwerderecht Nichts geändert, weil — wie manche der zur öffentlichen Kenntniß gekommenen Vorfälle beweisen — selbst die ekelhaftesten und gemeinsten Mißhandlungen durch das Beschwerderecht nicht verhindert werden.

Der in unserem Zentralorgan zuerst veröffentlichte Erlaß des Prinzen Georg von Sachsen hat amtlich erhärtet, mit welch' empörender Rohheit und Grausamkeit Soldaten zuweilen von ihren Vorgesetzten behandelt werden; wenn es sich in dem bekannten Erlaß nur um Vorkommnisse innerhalb des sächsischen Kontingents handelte, so wurde in der Reichstagsdebatte nachgewiesen, daß in allen Theilen des Reichs Soldatenmißhandlungen gleichmäßig vorkommen und daß die Soldatenschindereien leider so häufig vorkommen und einen derartigen Umfang annehmen, daß die allerschärfsten Maßregeln gegen solche, aller Zivilisation und Menschlichkeit Hohn sprechenden Vorkommnisse ergriffen werden müssen. Die steigende Ziffer der Selbstmorde in der Armee ist die traurige Frucht dieser Verhältnisse. Die Geschichte der Soldatenmißhandlungen ist auch die Geschichte der Soldatenselbstmorde. —

Wenngleich alle Parteien einig sind in der Verurtheilung der Soldatenmißhandlungen, so ist es doch nur die Sozialdemokratie, welche das herrschende System für die vorgekommenen Brutalitäten verantwortlich macht. Ohne die vorgeschlagenen Mittel zur Abhülfe: die Erweiterung und vollkommene Sicherstellung des Beschwerderechts, und die Oeffentlichkeit des Militärstrafverfahrens zurückzuweisen, fordern wir die völlige Beseitigung des heutigen Militärsystems, und verlangen statt des Kadavergehorsams, die Disciplin freier Männer in der Armee.

Die Berathung des Etats der Post- und Telegraphenverwaltung gab uns Gelegenheit, die unzureichende Bezahlung, die übermäßig lange Arbeitszeit und die Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit der unteren und mittleren Postbeamten der nothwendigen Kritik zu unterziehen und an der Hand reichhaltigen Materials den Nachweis zu liefern, daß die Ueberschüsse dieser Verwaltung zum großen Theil aus unzulässiger Ausbeutung der Arbeitskraft ihrer Angestellten herrühren.

Das Streben nach Plusmacherei hat in dem Bereich der Post- und Telegraphenverwaltung eine Reihe von Uebelständen und Ungehörigkeiten gezüchtet, unter denen sowohl die im Postdienst beschäftigten Beamten — hauptsächlich die viel zu gering besoldeten und mit Arbeit überbürdeten unteren und mittleren Beamtenkategorien — als auch, bei dem Mangel an Verkehrserleichterungen, das Publikum gleich schwer leiden.

Die Berathung des Etats des Reichsamts des Innern gestaltete sich zu einer sehr eingehenden Diskussion der Vorgänge auf dem Gebiete der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung. Die Nothwendigkeit der, von der sozialdemokratischen Fraktion wiederholt geforderten Revision des Unfallversicherungsgesetzes ist auch in der vorigen Reichstagssession eingehend begründet worden. Das arbeiterfeindliche Verhalten der Berufsgenossenschaften, welche bei ungemein hohen Verwaltungsunkosten den, durch Unfall entweder ganz oder theilweise erwerbsunfähig gewordenen Arbeitern, in sehr vielen Fällen Beträge zubilligen, welche nicht Versicherungsrenten, sondern Bettelpfennige genannt werden müssen, wurde verdientermaßen an den

Pranger gestellt. Die immer mehr dem Drucke des Unternehmerthums nachgebende Wirksamkeit des Reichsversicherungsamtes wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Unsere Redner konnten, gestützt auf das in ihren Händen befindliche Material den Nachweis führen, daß die Arbeiterversicherung, ganz im Widerspruch mit ihrer angeblichen Bestimmung, die Arbeiter nicht vor Noth und Elend schützt, sondern den Charakter eines Almosens an sich trägt und daher nicht vermag, die Invaliden und Opfer der Arbeit von den bürgerlich degradirenden Folgen der öffentlichen Armenpflege zu bewahren.

Bei der Handhabung des Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetzes haben sich ebenfalls zahlreiche Mißstände ergeben. Die ungenügende Versorgung der auf dem Schlachtfelde der Industrie arbeits- und erwerbsunfähig werdenden Arbeiter, die zur Bestreitung der nothwendigsten und bescheidensten Bedürfnisse nicht hinreichenden wenigen Groschen der Altersrente, die geringe, an außerordentlich harte und für die Arbeiter selten erreichbare Bedingungen und Voraussetzungen geknüpfte Invalidenrente, die über, mäßig lange Wartezeit, die schwerfällig-bureaukratische Verwaltung, sowie eine Anzahl andrer arbeiterfeindlicher Bestimmungen hatte, wie dem Parteitage bekannt ist, die sozialdemokratische Fraktion veranlaßt, gegen das Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetz zu stimmen.

Nachdem das Gesetz vor Kurzem in Kraft getreten, zeigt sich schon jetzt, daß es einer gründlichen Umarbeitung bedarf, um nur die so überaus dürftige Hülfe, die es in Aussicht stellt, bringen zu können; durch unsre Redner haben wir die uns zugegangenen Klagen und Beschwerden zum Ausdruck gebracht und vor Allem die das Unternehmerthum charakterisirende Thatsache festgestellt, daß in verschiedenen Betrieben, u. A. auch in einer Staatswerkstatt, den dort beschäftigten Altersrentnern die Arbeitslöhne annähernd um den Betrag der Rente gekürzt worden sind.

Die Jahresberichte der Fabrikinspektoren wurden einer umfassenden Besprechung unterzogen. Trotz des Bestrebens, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter in möglichst günstigem Lichte darzustellen — mit wenigen Ausnahmen tragen die Inspektionsberichte dieses Gepräge — bieten die Berichte eine Fülle von Material zur Kennzeichnung der in der Industrie herrschenden Ausbeutungswuth und zeigen gleichzeitig deutlich die Mangelhaftigkeit und Ohnmacht der heutigen Gewerbeinspektion. Nur die Uebertragung der Fabrikaufsicht an Vertrauensleute der Arbeiter, die von diesen gewählt sind, und mit den nöthigen Fachkenntnissen eine genaue Kenntniß der Ränke und Kniffe des Unternehmerthums verbinden, wird im Stande sein, eine für die Arbeiter nützliche Wirkung der Fabrikinspektion herbeizuführen, und sowohl bezüglich der Kinderarbeit als auch der hygienischen Verhältnisse in den Fabriken und der Ueberwachung der zur Verhütung von Unfällen

B

zu beobachtenden Vorschriften, zu Einrichtungen führen, bei denen Leben und Gesundheit der Arbeiter nicht gefährdet und den kapitalistischen Interessen des Unternehmerthums preisgegeben sind.

In einer Anzahl von Reichsbetrieben herrscht die Gepflogenheit, die politische und wirthschaftliche Thätigkeit der dort beschäftigten Arbeiter zu kontrolliren und zu beeinflussen. Die Leiter dieser Betriebe, die nach einem Wort des Kaisers „Musteranstalten" sein sollen, scheuen sich nicht, ihren Arbeitern unter Androhung der Entlassung zu verbieten, sozialdemokratischen Vereinen anzugehören, ja diese Herren treiben die Knechtung der Arbeiter so weit, daß sie sich herausnehmen, das Lesen sozialdemokratischer Blätter, die Vertheilung sozialistischer Literatur, die Betheiligung an sozialdemokratischer Agitation u. s. w. zu verbieten.

Die Berathung und Feststellung des Etats der Reichsbetriebe wurde von der Fraktion benutzt, um diese Vergewaltigung der Arbeiter in das gebührende Licht zu stellen. Es wurde energisch Widerspruch dagegen erhoben, daß die Staatsbetriebe ihre ökonomische Machtstellung dazu benutzen, um die politische und wirthschaftliche Freiheit der Arbeiter zu beeinträchtigen.

Mit seiner Arbeitskraft, die er dem Unternehmer verkauft, opfert der Arbeiter nicht auch seine Ueberzeugung, und verzichtet nicht auf das Recht, diese nach eignem Ermessen zu bethätigen. Es ist eine der häßlichsten und menschenunwürdigsten Erscheinungen des kapitalistischen Produktionssystems, die Arbeiter zur Verzichtleistung auf ihre politischen Rechte zu zwingen, und sie dadurch zu willen- und rechtlosen Objekten ihrer Ausbeuter zu machen.

Der Staat, welcher von den Arbeitern die Erfüllung gleicher, vielfach sogar höherer Pflichten fordert, hat kein Recht, sich um die Parteistellung und die daraus resultirenden Handlungen der von ihm beschäftigten Arbeiter zu kümmern; es ist unberechtigt und verwerflich, wenn das Unternehmerthum seinen Arbeitern über die Arbeitsleistung hinaus Vorschriften macht; unmoralisch und der Staatsbetriebe ganz unwürdig ist es, eine politische Partei dadurch zu bekämpfen, daß man die Anhänger derselben aufs Pflaster wirft, wenn sie, ihrer Ueberzeugung folgend, in die Reihen ihrer für die Wohlfahrt der Arbeiter kämpfenden Klassengenossen eintreten.

Nach den diesbezüglichen, ganz klaren Bestimmungen der letzten Gewerbeordnungsnovelle sind Anordnungen, welche sich mit dem Verhalten großjähriger Arbeiter außerhalb des Betriebes beschäftigen, unzulässig. Es ist bezeichnend, daß Reichsbetriebe sich so sehr im Banne des arbeiterfeindlichen Kapitalismus befinden, daß, um die Sozialdemokraten von der vaterländischen Arbeit fernzuhalten, wie sich ein preußischer Kriegsminister ausgedrückt hat, in ihren Werkstätten Vorschriften zur Anwendung kommen, welche mit der Gewerbeordnung in Widerspruch stehen und daher ungesetzlich sind.

B

Es wird die Aufgabe der Arbeitervertreter sein, für die Beseitigung solcher, nur das Klasseninteresse des Unternehmerthums fördernden Verordnungen und Bestimmungen Sorge zu tragen.

Den mit Oesterreich-Ungarn, Belgien und der Schweiz abgeschlossenen Handelsverträgen, welche am 1. Februar d. J. in Kraft getreten sind, hat die sozialdemokratische Fraktion zugestimmt. Wir sehen in diesen Verträgen eine, wenn auch völlig unzureichende Abbröckelung der Getreidezölle, wodurch uns die Annahme der Verträge zur Pflicht gemacht ward.

Die Herabsetzung des Getreidezolles von 50 auf 35 Mark genügt uns natürlich nicht. Wir stellten den Antrag auf gänzliche Aufhebung der Getreide- und aller übrigen Lebensmittelzölle, weil die arbeitende Bevölkerung nicht zu Gunsten der Reichskasse und einer kleinen Anzahl von Großgrundbesitzern belastet werden darf. Der Getreidezoll, welcher das inländische Brotkorn um den Betrag des Zolles vertheuert, lastet vorzugsweise auf dem besitzlosen, mit einem für seine Ernährung unzureichendem Einkommen ausgestatteten Theile der Bevölkerung; ebenso müssen die übrigen Lebensmittelzölle meist von den Arbeitern und den unbemittelten Volksklassen aufgebracht werden. Das in Deutschland herrschende Steuersystem gipfelt in einer unerträglichen Belastung der Arbeiterklasse, welche den aus den Getreidezöllen entspringenden, nach vielen Millionen zählenden Gewinn, den die Spekulation und das Agrarierthum einheimst, mit der Vertheuerung des täglichen Brotes bezahlt.

Daß unser Antrag keine Annahme fand, ist selbstverständlich; sind es doch die Vertreter der herrschenden Klassen, welche die Majoriität im Reichstage und die Klinke der Gesetzgebung in der Hand haben. Die Aufhebung der indirekten Steuern im Reiche würde eine erhebliche Steigerung der direkten Steuern in den Einzelstaaten zur Folge haben; während bei der direkten Steuer Besitz und Einkommen zu entsprechender Leistung herangezogen wird, wälzen die indirekten Steuern und Abgaben den Hauptheil der Steuerlast auf die Masse der Besitzlosen.

Diesen dem Kapitalismus natürlich sehr angenehmen Zustand aufrecht zu erhalten, betrachten die bürgerlichen Parteien trotz ihrer sonstigen Interessenstreitigkeiten als ihre gemeinsame Aufgabe, und die Betheuerungen ihrer Arbeiterfreundlichkeit und ihrer Sorge für das Wohl des armen Mannes finden in dem jetzigen Steuersystem eine drastische Beleuchtung.

Die Zollpolitik der Regierung, welche an dem Satz von 35 Mark bei dem Getreidezoll festzuhalten erklärt hat, wird von uns nachdrücklich bekämpft. Die Lebensmittelsteuern sind unsittlich und verwerflich; sie stehen mit den sozialen Bestrebungen unserer Zeit in krassem Widerspruch und müssen gänzlich beseitigt werden, weil die Nahrung des Volkes mit keinerlei Zoll oder Abgaben belastet sein darf.

Die zweite und dritte Berathung des Krankenkassengesetzes nahm viele Sitzungen in Anspruch. Durch eine beträchtliche Zahl von Anträgen haben wir versucht, die Interessen der Versicherten zu wahren, und namentlich die freien Hilfskassen vor den von der Regierung vorgeschlagenen Bestimmungen zu schützen, weil durch dieselben nach unserer Ansicht die freien Hilfskassen, die ungefähr 1 Million Arbeiter zu Mitgliedern zählen, sehr stark gefährdet, wenn nicht ganz dem Untergang preisgegeben sind. Unsere Bemühungen sind erfolglos geblieben. Die Majorität des Reichstages hat den freien Hilfskassen die Bewegungsfreiheit geraubt, ihre Existenz an fast unerfüllbare Bedingungen geknüpft, ihnen Lasten auferlegt, welche die Arbeiter nicht tragen können, kurz diesen Kassen für die Zukunft eine Stellung zugewiesen, in welcher ihnen die Konkurrenz mit den Zwangskassen fast zur Unmöglichkeit wird.

Diese Erschwerungen der Lebensbedingungen der Hilfskassen, sowie die sonstigen Benachtheiligungen, welche die Novelle für die Versicherten bringt, wurzeln in der Angst vor der Sozialdemokratie, welche, wie die gegnerischen Parteien behaupten, in der freien Hilfskassen eines ihrer besten Organisations- und Agitationsmittel besitzt.

Obgleich die freien Hilfskassen innerhalb der Krankenkassen-Organisation am Meisten für die Versicherten geleistet haben, und von den betheiligten Arbeitern musterhaft geleitet wurden, sind dieselben doch dem mit der Bureaukratie vereinigten Unternehmerthum zum Opfer gefallen. Mißtrauen und Uebelwollen gegen die Hilfskassen haben die Novelle schließlich für die Arbeiter unannehmbar gemacht und die sozialdemokratische Fraktion veranlaßt, gegen diesen Wechselbalg reaktionärer arbeiterfeindlicher Gesetzeskunst zu stimmen.

Die gesunde Entwicklung des Krankenkassenwesens wird durch die letzte Novelle sehr erschwert, und wenn auch die Ansicht, daß es besser sei, unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Hilfskassen aufzulösen und in Zuschußkassen umzuwandeln, von der Mehrheit der betheiligten Kassen vorläufig noch nicht getheilt wird, so steht es doch fest, daß der in die Banden der Zwangskassen gepreßte, jüngste Sprößling der deutschen Sozialreform, seinen konservativ-ultramontan-nationalliberal-freisinnigen Vätern keine Freude machen wird.

Die bürgerlichen Parteien, welche mit dem Ruin der Hilfskassen einen Schlag gegen die Sozialdemokratie zu führen glaubten, haben durch die letzte Krankenkassennovelle die Zwangskassen dem sozialdemokratischen Ansturm preisgegeben. Je mehr die freien Hilfskassen den Orts-, Betriebs- Innungs- und Knappschaftskassen weichen müssen, desto zahlreicher werden Arbeiter aus den Hilfs-

kassen in die Zwangskassen einwandern. Wenn es wahr ist, daß in den Hilfskassen vorzugsweise sozialdemokratische Anschauungen und Grundsätze gepflegt worden sind, dann sind binnen kurzer Zeit die Zwangskassen Sammelplätze für die ziel- und klassenbewußte Arbeiterschaft, welche ihre politische Organisation in der Sozialdemokratie besitzt, und welche auch auf dem Gebiete der Krankenpflege allein befähigt und gewillt ist, die Forderungen der Arbeiterklasse zu erfüllen.

Dem Gesetz betr. die Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie dem Gesetz über das Telegraphenwesen konnten wir unsre Zustimmung ertheilen. Das Gesetz betr. die Gesellschaften mit beschränkter Haftung ist bestimmt, eine Lücke in der Gesetzgebung auszufüllen; es hat sich herausgestellt, daß die hierfür bestimmten gesetzlichen Formen nicht ausreichen.

Die Gesetzgebung auf diesem Gebiete beschäftigte sich bisher nur mit Aktiengesellschaften und mit der offnen Handelsgesellschaft; das neue Gesetz befriedigt ein Bedürfniß, indem es ein Mittelglied auf diesem Gebiete des Verkehrslebens schafft.

Das Gesetz über das Telegraphenwesen ertheilt dem Reiche das Telegraphenregal und trifft Anordnungen über das Verfahren, welches bei Befürchtung von Leitungsstörungen einzutreten hat. Ebenso haben wir für die Vorlage gestimmt, welche die Summe von 3 Millionen Mark für die Weltausstellung in Chicago forderte, und auch sonstigen für Kunst, Wissenschaft und andere Kulturzwecke gemachten Anforderungen unsre Zustimmung nicht vorenthalten.

Gegen den Schluß der Session hat der Reichstag dem Volke noch ein Gesetz bescheert, welches unter dem Titel: „Gesetz. betr. den Verkehr mit Wein, weinhaltigen und weinähnlichen Getränken", die Weinpanscherei und -Manscherei gesetzlich sanktionirt. Wir haben gegen das Gesetz gestimmt, weil dasselbe das konsumirende Publikum nicht genügend gegen die Verfälschung und Verwässerung des Naturproduktes schützt.

Wenn schon der Wein in Folge unserer elenden Wirthschaftsverhältnisse für die übergroße Majorität der Bevölkerung, für die Arbeiter als tägliches Getränk nicht in Frage kommt, so ist doch nicht zu übersehen, daß Wein neuerdings vielfach als Heil- und Stärkungsmittel in Krankheitsfällen Anwendung findet und auch aus diesem Grunde haben wir es abgelehnt, dem bereits grassirenden Schwindel der Weinfälschung neue Bahnen zu öffnen. Wie bei jeder gesetzgeberischen Thätigkeit hat der Reichstag auch hierbei wieder dem Kapitalismus Vorspanndienste geleistet, indem er, die materiellen Interessen der Produzenten und der Händler vertretend, gestattet hat, daß die bisher den Strafen für Verfälschung von Nahrungs- und Genußmitteln ausgesetzten Weinfälscher, nunmehr

durch das Gesetz geschützt, in aller Gemüthsruhe ihre die Konsumenten schädigende Thätigkeit ausüben können.

Das Gesetz betr. die Unterstützung der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften verdankt einer Anregung der sozialdemokratischen Fraktion seine Entstehung. Der von der Regierung dem Reichstage in der vorigen Session vorgelegte Entwurf wurde, ohne daß der Reichstag in eine Prüfung der Einzelheiten eintrat, einer Kommission überwiesen. In den Kommissionsberathungen wurde die Regierungsvorlage allseitig als völlig unzureichend zurückgewiesen, und ein den Familien der zu militärischen Uebungen Einberufenen günstigerer Entwurf ausgearbeitet. Während die Regierung die Unterstützung von der Bedürftigkeit der Familie abhängig machen wollte, beschloß die Kommission, daß die Unterstützung auf Verlangen gewährt werden müsse. Nach der Regierungsvorlage sollte je nach den von den Behörden festzustellenden Verhältnissen unterstützt werden, und zwar war als Mindestbetrag für die Frau des Einberufenen 20 Pfennig, resp. in den Wintermonaten 30 Pfennig pro Tag und für jede weitere unterstützungsberechtigte Person 10 Pfennig pro Tag angesetzt.

Die Kommission acceptirte den Antrag der sozialdemokratischen Mitglieder und beschloß, entsprechend den Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes, daß der ortsübliche Tagelohn maßgebend für die Unterstützung sein solle. Hiernach erhält die Frau des Einberufenen für sich 30 Prozent und für jedes Kind 10 Prozent des ortsüblichen Tagelohns für die Dauer der Uebung als Unterstützung mit der Maßgabe, daß der Gesammtbetrag 60 Prozent des ortsüblichen Tagelohns nicht übersteigt.

Nach Ansicht der Regierung sollte die Unterstützung nur den Familien der Reservisten und Landwehrleute zu Theil werden; die Kommission hielt es für angemessen, die Unterstützung auch den Familien derjenigen Ersatzreservisten zuzuwenden, welche zur zweiten und dritten Uebung einberufen werden.

Die Unterstützungen sollten nach der Regierungsvorlage zur Hälfte vom Reich und zur Hälfte von den Kommunalverbänden aufgebracht werden; nach den Kommissionsbeschlüssen zahlt die Reichskasse den vollen Betrag der zu leistenden Unterstützungen.

Der in dieser Weise veränderte Gesetzentwurf fand in der zweiten Berathung des Reichstages Annahme und wurde auch in dritter Berathung zum Beschluß erhoben, trotzdem die Regierung sehr energischen Widerspruch erhob und der Regierungsvertreter die Ablehnung des umgestalteten Entwurfs durch den Bundesrath in Aussicht stellte.

Die ablehnende Haltung der Regierung wurde hauptsächlich mit der finanziellen Mehrbelastung der Steuerzahler begründet; eine Ansicht, deren Hinfälligkeit in die Augen springt, wenn man

berücksichtigt, daß es sich um eine Mehrausgabe von vielleicht 1½ bis 2 Mill. Mk. handelt, während von derselben Regierung jahraus, jahrein Hunderte von Millionen für Militärzwecke gefordert werden.

Nachdem der Reichstag fast mit Einstimmigkeit den Kommissionsbeschlüssen beigetreten war, mochte der Bundesrath doch wohl nicht die Verantwortung für das Nichtzustandekommen des Gesetzes übernehmen und hat dem Gesetze, wie es aus den Berathungen des Reichstages hervorgegangen ist, seine Zustimmung ertheilt.

Die Unterstützung, welche seit dem 1. Juli d. J. an die Familien der zu Uebungen einberufenen Ersatzreservisten, Reservisten und Landwehrmännern gezahlt wird, ersetzt nicht den vollen wirthschaftlichen Verlust, der durch die Einberufung entsteht, aber sie macht die öffentliche Armenpflege mit ihren politisch degradirenden Folgen entbehrlich, welcher die Angehörigen der, ihre militärischen Uebungspflichten erfüllenden Arbeiter früher vielfach anheimfielen.

Bei der Berathung der von anderen Parteien eingebrachten Initiativanträge haben wir uns wenn erforderlich, betheiligt; dem Antrage auf Ertheilung von Diäten an die Mitglieder des Reichstages haben wir zugestimmt; ebenso dem Antrage auf Entschädigung für unschuldig erlittene Strafen. Letzteren Antrag haben wir dahin erweitert, daß auch diejenigen Personen, welche in Untersuchungshaft genommen werden, bei denen jedoch Freisprechung erfolgt, oder gar keine Anklage erhoben wird, entschädigt werden sollen. Außerdem verlangten wir eine persönliche Haftpflicht der polizeilichen, staatsanwaltlichen und richterlichen Beamten, welche Bürger ihrer Freiheit berauben und in langwierige Untersuchungen verwickeln, ohne daß die angebliche Strafthat zu einer Verurtheilung führt. Die von uns geforderten Bestimmungen fanden im Reichstage keine Annahme; bei Einführung derselben würde der polizeilichen und staatsanwaltlichen Verfolgungssucht, mit der die sozialdemokratische Partei vielfach beehrt wird, ein Riegel vorgeschoben werden, und hierzu konnten sich die Gesetzgeber der bürgerlichen Parteien natürlich nicht herbeilassen.

Der Antrag auf Entschädigung für unschuldig erlittene Strafen wurde vom Reichstage, wie schon früher wiederholt geschehen, angenommen und ruht nunmehr in den Archiven des Bundesraths, denn an eine Zustimmung des Letzteren ist nach den Ausführungen des Staatssekretärs der Justiz nicht zu denken. Nach Ansicht des Bundesraths haben unschuldig Verurtheilte keinen Rechtsanspruch auf Entschädigung, sondern sind auf Gnadengeschenke zu verweisen, zu deren Bestreitung von den Einzelstaaten dotirte Fonds errichtet werden sollen. Was die Justizpflege durch ihre richterlichen Organe verschuldet, soll der Fürst vermittelst eines Gnadenaktes mildern. Die unglücklichen Opfer der Justiz, welche durch einen, auf Grund falscher Voraussetzungen gefaßten Richterspruch ihrer bürgerlichen

B

Ehre beraubt werden, und deren Familien dadurch vielfach dem Hunger überliefert sind, sollen nicht, wie das beleidigte Rechtsgefühl es verlangt, für das erlittene Unrecht nach Möglichkeit entschädigt werden, sondern müssen, wie es die Weisheit des Bundesraths für angemessen erachtet, bettelnd an die Stufen des Thrones treten, um Gnade flehen, wo sie die Sühnung eines an ihnen begangenen Justizverbrechens zu fordern haben.

Den Anregungen auf Sicherung des Wahlgeheimnisses haben wir zugestimmt, ebenso dem Antrage auf Erhebungen über die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter.

Als Ergebniß letzteren Antrages kann wohl die Einsetzung der Kommission für Arbeiterstatistik betrachtet werden, welche Erhebungen in bestimmten Gewerkszweigen vornehmen soll. Die aus Mitgliedern des Bundesraths und des Reichstages bestehende Kommission hat wesentlich die Anordnungen des Reichskanzlers auszuführen, und ist daher in Folge ihrer geringen Selbstständigkeit sehr wenig geeignet, das weite Arbeitsfeld, welches sich statistischen Untersuchungen der Arbeiterverhältnisse darbietet, gründlich und erfolgreich zu bewältigen.

Für die Thätigkeit einer Kommission, welche die Aufgabe hat, die thatsächlichen Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse festzustellen, bedarf es einer starken Exekutivgewalt, um wahrheitsgemäße Aussagen zu erzwingen und namentlich müssen Vorkehrungen getroffen werden, bei denen jede Möglichkeit ausgeschlossen ist, daß die über die Lage ihrer Berufs- und Klassengenossen befragten Arbeiter irgendwie durch das Unternehmerthum geschädigt werden können. Weder das Regulativ noch die Geschäftsordnung der Kommission für Arbeiterstatistik gewährt nach beiden Richtungen hin genügende Sicherheit. Bei den Arbeitern wird die Kommission daher kein rechtes Vertrauen finden, bei dem Unternehmerthum dagegen aus kapitalistischen Interessen entschiedenem Mißtrauen und Widerstand begegnen. Die Arbeiten der Kommission werden in Folge dessen der Grundlage entbehren, welche für jede Statistik das Haupterforderniß bildet: es fehlt der Kommission das unbedingte Vertrauen und die Unterstützung der betheiligten Volkskreise.

Von der Nützlichkeit durchdrungen, welche eine eingehende Untersuchung und ungeschminkte Darlegung der Wohnungs-, Ernährungs- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterklasse darbietet, war von der sozialdemokratischen Fraktion bereits lange vor der Konstituirung der Kommission für Arbeiterstatistik die Einsetzung von Reichstagskommissionen beantragt worden.

Solche Kommissionen, die vollkommen unabhängig von der Regierung und mit dem Rechte der Zeugenvernehmung sowie einem genügenden Hülfspersonal versehen sein müssen, würden durch Feststellung der bestehenden Verhältnisse Klarheit schaffen über die

B

elende Lebenslage, in der die große Majorität der Bevölkerung sich befindet; sie könnten einer vernünftigen, durchgreifenden Arbeiterschutzgesetzgebung die Wege ebnen, und die Arbeiterklasse einigermaßen vor der, unter dem Drucke des herrschenden Ausbeutungssystems stetig wachsenden geistigen und physischen Degenerirung schützen.

Ferner haben wir einen Gesetzentwurf im Reichstage eingebracht, durch dessen Annahme die Wirkungen des Sozialistengesetzes aufgehoben werden.

Trotzdem jenes Denkmal der Schande, welches die politisch organisirte Vorkämpferin der Arbeiterklasse, die Sozialdemokratie, zu vernichten bestimmt war, seit dem 1. Oktober 1890 zertrümmert im Staube liegt, sind nach dieser Zeit noch Anklagen und Verurtheilungen auf Grund des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom Oktober 1878 erfolgt.

Die etwa bei strebsamen Staatsanwälten vorhandene Neigung, das Sozialistengesetz auch jetzt noch zur Anwendung zu bringen, im Keime zu ersticken, ist der Zweck unseres Antrages, dessen Berathung nicht zum Abschluß gekommen ist und der in Folge dessen in der nächsten Session wieder eingebracht werden muß.

Ein weiterer Antrag der Fraktion verlangte die Uebernahme der Verwaltung und des Eigenthums der Apotheken durch das Reich. Die im Apothekergewerbe herrschenden Zustände lasten namentlich schwer auf den unbemittelten Volksschichten. Das an die Ertheilung einer Konzession geknüpfte Recht Medikamente anzufertigen und zu verkaufen, wird von dem Kapitalismus in einer Weise ausgebeutet, daß die Beschaffung von Heilmitteln den Armen und Besitzlosen in sehr vielen Fällen unmöglich wird. Die Krankenkassen leiden schwer unter den hohen Preisen der Arzneien. Die übertragbare und verkaufsfähige Konzession hat im Apothekergewerbe zu einem Grundstückswucher geführt, der eine enorme Vertheuerung der Apotheken und damit die Abwälzung der Kosten auf das die Heilmittel konsumirende Publikum im Gefolge hat. Die in keinem Verhältniß zum wirklichen Werth stehenden hohen Preise der Arzneimittel machen es weiten Kreisen der Bevölkerung sehr schwer, sich in Krankheitsfällen der nothwendigen Heilmittel zu bedienen. Es ist daher nothwendig, die privatkapitalistische Ausbeutung auf diesem Gebiet zu beseitigen und zu verhindern, daß fernerhin die Erkrankten den Apothekenbesitzern als ein willkommenes Ausbeutungsobjekt ausgeliefert werden.

Unser Antrag war wesentlich in Rücksicht auf die Krankenkassennovelle gestellt, weil durch dieselbe den Kassen neue schwere Leistungen auferlegt sind, und es daher doppelt nothwendig ist, die Beschaffung der Arzneimittel nach Möglichkeit zu erleichtern. Die zur Heilung erkrankter Mitmenschen bestimmten Mittel dürfen kein Handelsobjekt im kapitalistischen Sinne bilden, sondern müssen —

B

so lange eine unentgeldliche Lieferung derselben noch nicht eingerichtet ist — zum Herstellungspreis geliefert werden.

Eine Anzahl der von der Regierung dem Reichstage vorgelegten Gesetzentwürfe sind nicht mehr zur Berathung gelangt. Das Trunksuchtsgesetz, das Zuhältergesetz, zu dem der Heinze'sche Prozeß Anlaß gegeben, sowie das sogenannte Spionengesetz sind liegen geblieben und werden vermuthlich den Reichstag in der nächsten Session beschäftigen. Diese Gesetzentwürfe kennzeichnen den „neuen Kurs" und sind eine Art Programm der Caprivi'schen Aera unter der, wenn auch nicht mit der Brutalität Bismarck'scher Politik, so doch mit absoluter Verständnißlosigkeit, für Alles was nicht eng mit den kapitalistischen Interessen der Agrarier und der Großindustrie zusammenhängt, gewirthschaftet wird. Den jetzigen Reichskanzler berührt es „unheimlich", wenn eine seiner Maßregeln den Beifall der Opposition erhält und er ist von diesem Standpunkt aus ängstlich bemüht alles zu vermeiden, was ihn irgendwie in den Verdacht bringen könnte, nicht gleich seinem Vorgänger der gehorsame Diener und ergebene Anwalt der herrschenden Klassen zu sein.

Am 31. März d. J. wurde die erste Session der fünfjährigen Legislaturperiode — eine Erbschaft des im Jahre 1887 siegreichen konservativ-nationalliberalen Kartells — geschlossen. Der Arbeiterklasse hat die lange, sich über zwei Jahre erstreckende Tagung des Reichstages im wesentlichen nur nachtheilige Gesetze gebracht. Neben den sich alljährlich steigernden Militärlasten und den schwer drückenden indirekten Steuern ist der durch die Gewerbeordnungs-Novelle verheißene Arbeiterschutz im Interesse des Kapitalismus in Arbeitertrutz verwandelt worden. Das industrielle und agrarische Unternehmerthum, dessen Vertreter im Reichstage sich einer eifrigen Unterstützung der Regierung zu erfreuen hatten, hat es fertig gebracht, die sogenannten Schutzparagraphen der Novelle durch so viele Ausnahmebestimmungen zu durchlöchern, daß von einem ernsthaften Arbeiterschutz nicht mehr die Rede sein kann, und die Ausbeutungswuth der Feudalherren, Schlotjunker und Eisenbarone nach wie vor ungestört ihre Orgien feiern wird.

Mit vorstehenden Ausführungen sind wir dem Beschlusse des Erfurter Parteitags, wonach über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstagsfraktion dem Parteitage schriftlich Bericht erstattet werden soll, nachgekommen, und es erübrigen nur noch einige allgemeine Betrachtungen über den Nutzen der parlamentarischen Thätigkeit.

Die prinzipielle Stellung der sozialdemokratischen Partei zum Parlamentarismus ist, seitdem Abgeordnete in den Reichstag gewählt worden sind, stets dieselbe geblieben. Wir haben uns niemals um des Parlamentarismus willen, oder in der Meinung, daß im Parlament die Ziele der Sozialdemokratie erreicht werden würden, an den parlamentarischen Arbeiten betheiligt. Die Aufhebung des Privat-

B

eigenthums an den Produktionsmitteln, die Beseitigung der Klassenherrschaft, die Abschaffung des kapitalistischen Produktionssystems kann und wird nie das Werk eines in dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft wurzelnden Parlaments sein. Hierzu bedarf es der Organisation der sozialistischen Gesellschaft, die zu erkämpfen Zweck und Ziel der ihrer Aufgabe bewußten Arbeiterklasse ist. An diesen grundsätzlichen Anschauungen unverbrüchlich festhaltend, hat die sozialdemokratische Fraktion die parlamentarische Thätigkeit stets als ein werthvolles Mittel betrachtet, um von der Tribüne des Reichstags aus die letzten Ziele der Partei: die Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft zu propagiren und den Klassenstaat zu bekämpfen.

Neben dieser Aufgabe bietet die parlamentarische Arbeit jedoch auch die Möglichkeit, die sogenannte Arbeiterfreundlichkeit der herrschenden Klassen in's rechte Licht zu setzen; die sozialdemokratischen Anträge zwingen die bürgerlichen Parteien und die Regierung Farbe zu bekennen, und das herrschende Wirthschaftssystem, welches die Knechtung und Ausbeutung der Massen zum Prinzip hat, kann im Parlament wuchtiger und nachhaltiger als an anderen Stellen bekämpft werden.

Auch die bei den Wahlen entfaltete Thätigkeit ist eins der wichtigsten Kampf- und Agitationsmittel. Die Belehrung und Aufklärung der noch nicht organisirten Massen über die Forderungen und das Ziel der Sozialdemokratie führt neue Streiter in unsere Reihen, schwächt unsere Feinde, erzieht klassenbewußte Arbeiter und beschleunigt unsern Vormarsch.

Den Klassenkampf des Proletariats zielbewußt und zweckmäßig zu gestalten, das ist die Aufgabe der Sozialdemokratie. Ein Mittel hierzu ist die Erringung der politischen Macht; um die politische Macht zu erringen, muß sich die Sozialdemokratie auch des Parlamentarismus bedienen, muß ihre Vertreter in den Reichstag schicken.

Was auf diesem Wege innerhalb der heutigen Gesellschaft für die Arbeiterklasse erreicht wird, gilt nur als Wegzehrung für den weiteren Vormarsch, ist nichts weiter als eine Abschlagszahlung, die dazu dient, das Proletariat besser auszurüsten mit den Kampfesmitteln, deren es bedarf, um seine geschichtliche Mission zu erfüllen.

Für die Sozialdemokratie giebt es nur eine Aufgabe. In der sozialistischen Literatur, wie in der Tagespresse, in Vereinen und Volksversammlungen, wie im Reichstage führt das in der Sozialdemokratie politisch organisirte Proletariat ziel- und klassenbewußt den Kampf gegen seinen Todfeind, gegen den Kapitalismus. Unser Ziel ist die Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft, zu deren Erbe und Nachfolger die sozialistische Gesellschaft berufen ist.

Mit unserem endgiltigen Siege wird eine Gesellschaftsorganisation geschaffen werden, in welcher es keine Herren und keine Knechte, keine Ausbeuter und keine Ausgebeuteten mehr giebt.

B

75

Protokoll.

Vorversammlung am Montag, den 14. November 1892, Abends 7 Uhr.

In den Konkordia-Festsälen traten die Delegirten zwischen 6 und 7 Uhr Abends zusammen. Die Berliner Genossen hatten für die würdige Ausschmückung des Saales mit bestem Gelingen Sorge getragen. Rechts und links flankiren die mit rothen Schärpen gezierten Büsten Marx' und Lasalle's die mächtige Bühne, unter der sich das Rednerpult befindet Ein breites rothes Banner bildet den Hintergrund für Lasalle's scharf geschnittenen Heroenkopf. Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit! in Goldbuchstaben auf dem herniederwallenden Banner. An der Hinterwand erhebt sich auf rothem Postament die Statue der Freiheit, die Lichtfackel in der Rechten, die Linke auf den Knauf des Schwertes gestützt. Proletarier aller Länder vereinigt Euch! steht auf dem rothen Banner, das hier den Hintergrund bildet. Schilder mit der Inschrift: Halle 1890 und Erfurt 1891 an den Wänden der offenen Bühne, die noch durch die überlebensgroßen Brustbilder Lasalle's und Marx' geschmückt ist.

Die Versammlung wird um 7½ Uhr eröffnet. Genosse Singer begrüßt die Delegirten und erinnert daran, daß in diesem Jahre 25 Jahre verflossen sind, seitdem in Berlin zum ersten Male ein sozialdemokratischer Arbeitertag zusammengetreten ist. In einer außerordentlichen Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins im Jahre 1867 zu Braunschweig wurde Herr von Schweitzer zum Präsidenten des Vereins gewählt; einige Monate darauf, im September, fand hier in Berlin die ordentliche Generalversammlung dieses Vereins statt, bei welcher 20 Delegirte anwesend waren, die 3102 Mitglieder vertraten, und dieser Generalversammlung wurde ein Bericht erstattet, der über eine Jahreseinnahme von 520 Thalern 20 Silbergroschen 9 Pfennige Rechnung gab. Ein Blick auf die zahlreichen Delegirten beweißt deutlich, was in diesen 25 Jahren aus der sozialdemokratischen Partei geworden ist, ein Blick in den vom Parteivorstande erstatteten Bericht der sich über eine Einnahme von nahezu einer Viertelmillion aus-

B

weist, zeigt ebenfalls, welche Bedeutung für die Agitation, für die Erreichung ihrer Ziele die Partei in diesen 25 Jahren in hartem, unausgesetztem Kampf erreicht hat.

Der Parteitag tritt in diesem Jahre etwas verspätet zusammen. Es lag in der Absicht des Vorstandes, den Parteitag im Oktober zu berufen; diese Absicht konnte nicht ausgeführt werden wegen der Epidemie, die in einem Theile Deutschlands heftig grassirte. Ich bin überzeugt, daß die Partei mit der Aufschiebung des Parteitages einverstanden gewesen ist. (Zustimmung.)

Der Hinweis auf diese Verhältnisse legt mir die traurige Pflicht auf, der braven tapfren Genossen zu gedenken, welche der Krankheit erlegen sind. Nach mir zugegangenen Berichten hat die Cholerafeuche uns allein ca. 300 Genossen entrissen, die in den sozialdemokratischen Wahlvereinen Schulter an Schulter für die Befreiung des Proletariats gekämpft haben. Ich weiß mich mit allen Delegirten und mit der gesammten Partei einig, wenn ich Sie bitte, das Andenken dieser braven Genossen und Mitstreiter durch Erheben von den Sitzen zu ehren. (Die Mitglieder des Parteitages erheben sich einmüthig von den Sitzen.) Der dankbaren Erinnerung, welche wir soeben den, durch den Tod von uns geschiedenen Genossen geweiht haben, lassen Sie mich namens der Partei den Dank anschließen für die tapfere und energische Art, in der unsere Hamburger Genossen der Seuche Stand gehalten, und sich der Unterstützung und Ausführung derjenigen Maßregeln gewidmet haben, die zur Abwehr und Milderung der über Hamburg hereingebrochenen verheerenden Epidemie nothwendig waren. Dieses Verhalten unserer Genossen bietet ein um so erhebenderes Bild, als wir ja gesehen haben, daß ein Theil der reichen Bourgeoisie, unter deren Geschlechterregiment sich in Hamburg der Nährboden für die Epidemie, welcher in diesem Jahre etwa 8000 Menschen zum Opfer fielen herausgebildet hat, feige ausgerissen ist, als die Gefahr für Leben und Gesundheit drohend wurde. Unsere Hamburger Genossen haben damit nur ihre Menschenpflicht erfüllt, daß sie es aber gethan haben, und in einer so heroischen Weise, dafür glaube ich ihnen den Dank der Partei aussprechen zu dürfen.

Die Arbeit, welche der Parteitag vorfindet, ist eine reichliche. Neben dem Urtheil über die Thätigkeit welche im vergangenen Jahre seitens der Organe der Partei ausgeübt wurde, wird der Parteitag die Marschroute für die Zukunft abzustecken haben. Die zur Entscheidung des Parteitages gestellten Fragen sind vielgestaltig. Nicht immer werden alle Delegirten in allen einzelnen Fragen einer Meinung sein, und das wäre auch nicht gut, denn gerade im Austausch der Meinungen findet sich erst das Richtige. Aber wie auch in den einzelnen zur Tagesordnung stehenden Fragen die Meinungen auseinander gehen mögen, darin sind wir allesammt

B

einig, daß für jeden Parteigenossen das Wohl der Partei das oberste Gesetz ist. In diesem Geiste werden die Verhandlungen des Parteitages getragen sein; in diesem Geiste und aus dieser Ueberzeugung heraus wird die Partei den Kampf, den sie seit nunmehr 30 Jahren muthvoll und energisch führt, fortsetzen, sie wird nicht ruhen und nicht rasten bis das ganze Ziel erreicht ist, bis die Befreiungsstunde schlägt. Wir werden nicht eher aufhören zu kämpfen, bis die Arbeiterklasse aus den Banden der Unwissenheit befreit, aus dem Joche des Kapitalismus erlöst ist, bis die Sklaverei des Lohnsystems ihr Ende erreicht hat. In diesem Geiste lassen Sie uns auch in unsere Arbeiten eintreten! Wir thun das, indem wir in unsern alten Kampf-, in unsern alten Siegesruf einstimmen: Die Deutsche Sozialdemokratie, die internationale Sozialdemokratie, das Proletariat aller Länder, sie leben hoch! (Die Versammlung hat sich erhoben, und stimmt enthusiastisch in den dreimaligen Hochruf ein.)

Auf Grund des § 9 unseres Organisationsstatuts habe ich Sie nunmehr zu bitten, den Parteitag zu konstituiren und zum Zwecke der Bildung des Bureaus zunächst in die Wahl des Vorsitzenden einzutreten.

Hug-Wilhelmshaven schlägt die Wahl von Singer-Berlin und Gottlieb-Bremen durch Zuruf vor. Die Akklamationswahl findet keinen Widerspruch; einstimmig werden Singer-Berlin und Gottlieb-Bremen zu Vorsitzenden gewählt.

Nach dem Vorgange der beiden letzten Parteitage sollen 9 Schriftführer gewählt werden, von denen immer 3 gleichzeitig Dienst thun.

Die Wahl wird auf Antrag Hug ebenfalls durch Zuruf vorgenommen und fällt auf die Genossen Emmel-St. Johann, Geiger-Stuttgart, Gradnauer-Dresden, Löwenstein-Nürnberg, Hoch-Frankfurt, Schmidt-Berlin, Legien-Hamburg, Feldmann-Langenbielau und Hülle-Erfurt. Für den heutigen Abend fungiren Emmel, Geiger und Gradnauer.

Hierauf wird zur Feststellung einer Geschäftsordnung für den Parteitag geschritten. Vom Vorstande ist der folgende, schon für Halle und Erfurt maßgebende entsprechende Entwurf vorgelegt und vom Parteitag mit großer Mehrheit angenommen worden:

1. Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.
2. Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen und müssen dieselben, falls sie zur Verhandlung gelangen sollen, von mindestens 20 Delegirten unterstützt sein. Die Unterstützung kann durch Unterschrift oder Zuruf erfolgen.

B

3. Sobald ein Antrag die nöthige Unterstützung gefunden, erhält bei der Verhandlung darüber zunächst der Antragsteller das Wort.
4. Bei Geschäftsordnungs-Anträgen genügt eine Unterstützung von 10 Delegirten. Bei Anträgen auf Schluß der Debatte oder auf Vertagung erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner ertheilt. Persönliche Bemerkungen sind erst am Schluß der Debatte zu machen.
5. Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt. Die Einbringer selbständiger Anträge haben zur Begründung derselben eine Redezeit von 20 Minuten.

   In der Diskussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort. Kein Redner — mit Ausnahme der Referenten und Einbringer selbständiger Anträge — darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.
6. Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrags.
7. Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.
8. Vor Schluß des Parteitages abreisende Delegirte haben dies dem Bureau anzuzeigen. Die Namen der Betreffenden sind im Protokoll zu vermerken.

Es folgt die Festsetzung der definitiven Tagesordnung für die Verhandlungen des Parteitages. Nach längerer Debatte wurde der vom Parteivorstande vorgeschlagenen provisorischen Tagesordnung nach dem Antrage Solingen beigefügt als Punkt 4: „Anträge zur Organisation", als Punkt 6: „Staatssozialismus und revolutionäre Sozialdemokratie. Berichterstatter: W. Liebknecht." Der Antrag Frohme, der Tagesordnung den Punkt: „Die Sozialdemokratie und der Meineid" einzuverleiben, wird am Schluß einer längeren Debatte vom Antragsteller selber zurückgezogen.

Es folgt die Wahl der Mandats-Prüfungskommission; der Parteitag entscheidet sich für 7 Mitglieder und ernennt nach dem Vorschlage Metzner hierzu die Genossen: Klees-Magdeburg, Leander-Chemnitz, Reißhaus-Erfurt, Antrick-Berlin, Theiß-Hamburg, Meist-Köln und Bamberger-Berlin.

Der Vorsitzende schlägt nunmehr vor, die Sitzungen des Parteitages von 9—1 und von 3—7 Uhr abzuhalten, welchem Vorschlag der Parteitag zustimmt. Am Donnerstag soll keine Nachmittagssitzung stattfinden und dafür die Vormittagssitzung entsprechend ausgedehnt werden. Außerdem ist für den Freitag eine Abendsitzung in Aussicht genommen.

B

Zu Ehren der auswärtigen Genossen veranstalten die Berliner Genossen im Sitzungssaale des Parteitages am Mittwoch den 16. einen Commers, zu welchem die Delegirten eingeladen werden.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Schluß 8½ Uhr.

Erster Verhandlungstag.

Dienstag, den 15. November.

Vormittagssitzung.

Um 9¼ Uhr eröffnet der Vorsitzende Singer die Verhandlungen des Parteitages. Als Schriftführer fungiren Hoch, Legien und Schmidt-Berlin.

Vorsitzender Singer: Wir haben auch in diesem Jahre die Freude, die Vertreter einiger Bruder-Parteien aus dem Auslande unter uns zu sehen. Es sind anwesend als Delegirte der österreichischen Genossen Dr. Adler und Popp; die holländischen Genossen haben den Genossen van Kol mit ihrer Vertretung beauftragt, ferner ist ein Vertreter der schwedischen Genossen anwesend. Ich heiße sie Alle im Namen des Parteitages herzlich willkommen. Außerdem hat der Zentralrath der sozialdemokratischen Partei von Holland in einem Schreiben den Parteitag begrüßt und wünscht ihm den besten Erfolg seiner Arbeit. Die Gas-Workers and General Labor Union von Großbritannien läßt ebenfalls durch ihren Sekretär, den Genossen Thorne, dem Parteitag ihre Sympathiebezeugung aussprechen. Die spanische Partei, vertreten durch das National-Komité in Madrid, hat ebenfalls in einer Adresse ihre Wünsche für den Parteitag hierher gelangen lassen. Die Labor League in London sendet ebenfalls in einer Adresse ihre besten Wünsche für das Gelingen unserer Arbeiten. Auch der internationale Verein von sozialistischen Studenten und der Verein rumänischer sozialistischer Studenten in Paris hat durch den hier anwesenden Delegirten der deutschen Genossen von Paris und London seine Glückwünsche dem Parteitag ausgesprochen. Herausgeber und Redakteure russischer sozialdemokratischer Schriften in der Schweiz übersenden in einem längeren Anschreiben ihre Wünsche und Grüße für den Parteitag. Der Verein der deutschen Sozialisten in Zürich giebt ebenfalls seiner Sympathie für unsere Bestrebungen und Arbeiten Ausdruck. Ferner haben telegraphisch die revolutionären Genossen des neunten Wiener Bezirks dem Parteitage eine Begrüßung gesandt, und aus Deutschland sind theils brieflich, theils telegraphisch bereits eine große Anzahl von Sympathiebezeugungen eingetroffen.

Dr. Adler-Wien: Werthe Parteigenossen! Wir sind beauftragt, im Namen der Sozialdemokratie Oesterreichs Euch hier zu

B